

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 252 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 1/2016 VOM 5. JANUAR 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Die Spur
der Steine**

Innovationen in der Kommunalpolitik

7 | **Erhalt der historischen
Dorfstraße in Klandorf**

Eine Bilanz für das Jahr 2015

12/13 | **Die EU als
Hauptfeind der USA**

1854 – 1914 – 2014/15 (Teil 4)

An die Soldaten des Syrien-Kommandos:

»Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.«
(Gelöbnis der Bundeswehr)

Soldaten: Verweigert den Syrien-Befehl!

Wer seinem Land treu dient, sagt NEIN!

Ihr habt geschworen, der Bundesrepublik treu zu dienen. Jetzt will man Euch in einen Krieg senden, der diesem Schwur widerspricht. Das gilt für die kämpfenden Einheiten ebenso wie für die nachgeordneten Dienste.

Dieses Kommando widerspricht jeder Vernunft, jeder militärischen Einsicht und allen Gesetzen, die Euren Dienst betreffen.

Euer Einsatz wird von der Regierung mit der »Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen« begründet. Ihr wißt, daß Euer Kommando in Afghanistan die gleiche Begründung hatte. Und Ihr wißt auch, daß nach 14 Jahren dieses Auslandseinsatzes der Terror nicht geringer sondern nur mehr geworden ist. Auch der von den USA geführte Krieg im Irak wurde mit der Terror-Bekämpfung begründet und hatte doch nur mehr Terror und Terroristen zur Folge.

Euer Schwur mahnt Euch zur Verteidigung unseres Landes. So wie auch das Grundgesetz im Artikel 87 a Euch nur zur Verteidigung verpflichtet. Was auch immer erzählt wird: **Es gibt kein UNO-Mandat für den Einsatz in Syrien.**

Hat die syrische Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Krieg erklärt? Sind syrische Truppen auf dem Weg zu unseren Grenzen? Nein. Und doch sollt Ihr Euch in diesem Land an einem Krieg beteiligen.

Klar und deutlich sagt der Artikel 26 des Grundgesetzes unserer Republik: »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die



Bildmontage: HF

Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.« Wer dem Syrienkommando Folge leistet, greift einen souveränen Staat an. Der nimmt an einem Angriffskrieg teil. Das ist strafbar.

Außerdem sollt Ihr Euch an »vorsätzlichen Angriffen auf die Zivilbevölkerung« Syriens beteiligen. Denn wie jeder weiß, sind Luftangriffe gegen Terroristen nie ausschließlich auf militärische Ziele zu begrenzen. Immer sind zivile Opfer zu beklagen. Der Internationale Strafgerichtshof bezeichnet solche Einsätze als Kriegsverbrechen und stellt sie unter Strafe.

Ausdrücklich sagt das Soldatengesetz in seinem § 11, daß ein Befehl nicht befolgt werden darf, wenn dadurch eine Straftat begangen würde.

Soldaten! Macht Euch nicht strafbar. Verteidigt die Grundrechte unseres Landes. Verweigert Euch diesem unsinnigen, verbrecherischen Einsatz in Syrien. Dient unserem Land und sagt NEIN.

ULI GELLERMANN, Gefreiter der Reserve
Raketenartilleriebataillon 12

1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz

Freitag, 5. Februar 2016, 19 Uhr, Stadtsee Eberswalde

Schon vor dem Eintritt der Bundesregierung in den Syrienkrieg rormorte es landesweit. Viele Menschen sehen ihre Interessen und die der betroffenen Menschen in den Kriegsgebieten nicht von der Politik vertreten. So auch eine Initiative im Barnim, die am 5. Februar die 1. EBERSWALDER WELTFRIEDENSKONFERENZ veranstaltet und dazu alle Menschen herzlich einlädt.

Als Weg zur Erreichung dieses großen, globalen Ziels kann nur ein Umdenken im »täglichen Kleinen« beschritten werden. Unter anderem folgende Themen sind für die Konferenz vorgeschlagen:

1. Grundlagen unseres Wirtschaftssystems und das ewige Wachstum
2. Regionale Nahrungs- und Energieversorgung versus globaler Handel
3. Steigerung der Mitbestimmung und direkte Demokratie

4. Funktionsfähigkeit von Parteien, Wahlen und Volksabstimmungen im Internetzeitalter

5. Medienkompetenz und Alternative Medien

6. Deutschlands Beitrag zur Befriedung von Konfliktgebieten

7. Umgang des Justizsystems mit Themen wie GEZ/Rundfunkbeitrag, Mollath, NSA und NSU

Was diese Themenbereiche mit dem Weltfrieden zu tun haben, wird ausführlich in den geplanten kurzen Vorträgen dargestellt und in der anschließenden Diskussion geklärt. Die Veranstaltung findet am Freitag, den 5. Februar 2016, um 19 Uhr (Einlaß: 18 Uhr), im Stadtsee Eberswalde (Angermünder Chaussee 9) statt.

Initiatoren der 1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz

Grenzenlos

Europäische Staaten hatten in den fünfziger Jahren beschlossen, enger zusammen zu arbeiten, Grenzen abzubauen und gemeinsame Institutionen zu schaffen. Mit der Europäischen Union gingen sie freiwillig ein Zweckbündnis ein, wohl wissend, daß ihre Widersprüche und Konflikte nicht verschwinden sondern zum gegenseitigen Nutzen ausgetragen werden müssen. Die europäische Integration folgt überwiegend ökonomischen Notwendigkeiten, führt zur Verflechtung der Wirtschaften und ist mit sozialen Fortschritt und dem Abbau nationaler Bürokratie verbunden.

In der Europäischen Union geht es zu wie im richtigen Leben. Um jede Kleinigkeit wird mit allen Tricks gefeilscht und geschachert. Verdrängte Entscheidungen steigen später mit Wucht aus der Versenkung. Im Bündnis kann nicht jeder Staat frei entscheiden. Man muß sich abstimmen, Konsens finden, sich unterstützen und gemeinsam handeln.

Die Arbeit hat sich gelohnt: Es wurde viel erreicht. Besonders wichtig sind neben wirtschaftlichen und persönlichen Vorteilen eine hohe Sicherheit für Leben sowie Hab und Gut, die uns sehr gut tut.

Die Europäische Integration ist nicht abgeschlossen, verläuft nach wie vor ungleichmäßig und kommt in den Staaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voran. Neben unzähligen Nutznießern gibt es auch viele Verlierer. Die europäische Integration schaffe nationale Privilegien und Grenzen ebenso ab, wie die wichtiger Personengruppen. Derzeit läßt sich erkennen, daß überwiegend konservative Regierungen seit langem wesentliche Entscheidungen verdrängt haben. Sie stehen unter hohem Handlungsdruck, um eine gemeinsame Sicherheitspolitik sowie ökonomische, ökologische und soziale Neuerungen durchzusetzen. Staaten müssen wesentliche Kompetenzen abgeben, um die wirtschaftliche und politische Emanzipation der Europäischen Union, die soziale Integration der Menschen und die Schaffungen neuer Institutionen fort zu führen.

Folglich steht das Grundkonzept der Nationalstaaten zur Disposition und wir leben mitten in einer Revolution. Daß die Sache ernst ist und es ans Eingemachte geht, erkennt man am wachsenden nationalistischen und konservativen Widerstand, der sich vielerorts formiert. Das wird nichts nützen. Die europäische Gemeinschaft ist nach wie vor für viele Staaten und Menschen attraktiv und hat hervorragende wirtschaftliche und soziale Perspektiven.

Beeindruckend bleibt die Vielfältigkeit und Differenziertheit der Konzepte und Herangehensweisen, die wesentlich zur Stabilität in Europa beiträgt. Zukünftig ist mit heftigen und weitreichenden Auseinandersetzungen in unterschiedlichsten Bereichen mit tiefgreifenden Folgen zu rechnen. Wir werden uns einbringen, denn so viel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Forstbotanischer Garten Eberswalde:

Winterliche Blütenpracht



Foto: Silvia Zacharias

Am Wochenende vor Jahresschluß machten wir einen kleinen Nachmittagsspaziergang durch den Forstbotanischen Garten Eberswalde. Was wir dort schon von weitem sahen, hat uns fast umgehauen! Nahe der Schwärze stand ein DAHURISCHER RHODODENDRON (*Rhododendron dauricum* ssp. *sichotense*) in zartvioletter voller Blütenpracht. Ein toller Anblick!

Eigentlich liegt die Hauptblütezeit dieses Strauches im Februar/März, doch die milde Witterung vor dem Jahreswechsel holte ihn sozusagen aus dem Winterschlaf. Auch die kleinen ledrigen Blätter dieses Strauches sind außergewöhnlich. Beim Zerreiben riechen sie nach Salami. Heimat des Dahurischen Rhododendron ist Nordostasien (Ost-Sibirien, Mongolei, Japan bis Nordchina), wo er an montanen und subalpinen Hängen von Kiefern-, Lärchen- und Birkenwäldern weit verbreitet ist.

Wir konnten wieder einmal feststellen: Der Besuch des Forstbotanischen Gartens Eberswalde lohnt sich zu jeder Jahreszeit! Dr. Günter Riedel berichtete mir von ähnlichen Beobachtungen: Zur gleichen Zeit stand nahe des Waserturmes Finow eine Japanische Zierquitte (*Chaenomeles japonica*, Blütezeit: März/April) in voller Pracht.

SILVIA ZACHARIAS und ANDREAS STEINER

Der Erste Mai 2016

Eberswalde (bbp). Der DGB-Kreisverband Barnim hat die Vorbereitungen für die 1. Mai-Veranstaltung 2016 in Eberswalde gestartet. Für den 12. Januar hat RALF KAISER, Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes, zu einem ersten Vorbereitungstreffen in das Gewerkschaftshaus in der Grabowstraße 49 eingeladen.

Es sei mittlerweile eine gute Tradition, so Kaiser, möglichst viele Akteure in die Planung und Konzeption des 1. Mai einzubeziehen. Die Vorbereitungsveranstaltung ist für alle Organisationen, Parteien und Verbände offen, die sich am 1. Mai in Eberswalde organisatorisch, inhaltlich und finanziell beteiligen möchten.

Blick in eine gemeinsame Zukunft

Im Jahr 2015 hat der Runde Tisch »Willkommen in Eberswalde« an Fahrt aufgenommen. Immer mehr Helfer kamen hinzu und machten die Initiative zu einer festen Größe in der Stadt. Viele Ideen wie das Kiezfest im Brandenburgischen Viertel und die Willkommenstafel konnten erfolgreich umgesetzt werden und auch die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit wurde weiter verbessert. Dafür stehen die Beteiligung beim FinE und dem Neubürgerempfang, ein Internet-Blog sowie Flyer. Auch in den Notunterkünften wird angepackt. Kurzum: Der Runde Tisch ist in der Stadt aktiv geworden und gestaltet Integration von Asylsuchenden maßgeblich mit.

Rentensprechstunde

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden einmal monatlich, am 2. Mittwoch im Monat, im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt.

Der nächste Termin ist am Mittwoch, den 13. Januar, von 10 bis 12 Uhr.

ANDREA HOEHNE

Im kommenden Jahr wollen wir die bewährten Veranstaltungsformate fortsetzen und insbesondere die Flüchtlinge selbst in die Arbeit des Runden Tisches einbeziehen. Darüber hinaus wollen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative vermehrt um Sprachpatenschaften bemühen, um die Asylsuchenden auf den späteren Deutschkurs vorzubereiten, der ihnen eine bessere Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Wenn auch Sie uns bei den kommenden Herausforderungen und Projekten unterstützen wollen, freuen wir uns jederzeit über frische Ideen und tatkräftige Unterstützung.

STEFAN SCHMIEDEL,

Runder Tisch »Willkommen in Eberswalde«

Die Spur der Steine

Von Steuern und Beiträgen und wie man mit altem Pflaster gute Geschäfte machen kann

Wir müssen alle Steuern zahlen. Die Steuern sind nötig, damit unser Gemeinwesen funktioniert. Das lernt man schon in der Schule. Von unseren Steuern werden ganz wichtige Leistungen bezahlt, die wir zum Leben brauchen. Dazu gehören Sicherheit, also Kasernen, Panzer, Kanonen, Jagd- und Bombenflugzeuge und Raketen. Wichtig ist Bildung, also Schulen und Kindergärten und Universitäten. Und Mobilität, also Schienenwege, Straßen und Autobahnen. Und nicht zu vergessen die allgemeine Ordnung, also Regierungs-, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude.

Ob wir das alles so brauchen, wie wir es z.Zt. haben, darüber gehen die Meinungen durcheinander. Eines wissen wir aber alle: Die Menschen, die in diesen Einrichtungen arbeiten und dafür zu sorgen haben, daß alles reibungslos abläuft und ordentlich zugeht – einige sind Beamte, also vereidigte Staatsdiener – werden von unseren Steuern gut bezahlt.

Obwohl (oder weil?) das so ist, hören wir sie ständig klagen, daß die Kassen leer sind. Das Geld ist zu knapp für Schulen und Krankenhäuser und Bahnhöfe und Autobahnen und Straßen und bezahlbaren Wohnraum und, und, und..., obwohl der Steuersatz alles andere als knapp bemessen ist. Noch höhere Steuern sind deshalb nur schwer durchzusetzen. Damit trotzdem mehr Geld fließt, ist man erfinderrisch. Es werden immer neue Abgaben, Gebühren, Beiträge... erfunden und in Satzungen festgeschrieben. Besonders beliebt sind Abgaben für »die Möglichkeit der Inanspruchnahme« einer Leistung, auch wenn man diese Leistung gar nicht haben will oder braucht. Dann zahlt man eben ohne Gegenleistung! Wir bezahlen die Verwaltungsbeamten dafür, daß sie da sind. Wenn wir sie mal wirklich brauchen, dann bezahlen wir sie noch einmal – eine Gebührenordnung macht's möglich. Das rechnet sich!

Sogar Straßenbau, angeblich teuer, kann sich rechnen und das funktioniert so:

Eine alte Pflasterstraße – nennen wir sie A-Straße – müßte an schadhafte Stellen ausgebessert, also neu gepflastert werden. Für diese Reparatur ist kein Geld da. Jahrelang passiert nichts, denn so eine Reparatur ist aus dem laufenden Steuersäckel zu bezahlen.

Was eine richtig clevere Verwaltung ist, die läßt sich nun etwas einfallen. Der Einfall heißt: »grundhafter Ausbau«. An dem müssen sich – eine Satzung, in der so etwas drinsteht, ist schnell beschlossen – die Bürger mit Beiträgen beteiligen. Leider hat die Sache einen Haken, wenn man die alten, durchaus guten Pflastersteine wiederverwenden will. Dann gilt das nämlich, so habe Gerichte geurteilt, nicht als grundhafter Ausbau.

Was also tun? Die Sache ist so einfach wie genial: Das Pflaster der A-Straße wird entfernt, es war ja nicht mehr zeitgemäß und alt und

marode, und durch eine Schwarzdecke ersetzt und schon ist das Problem gelöst! Das ist zwar eine Billiglösung, die auch nicht so lange hält wie das Pflaster (das war ja viel wertvoller) und auch gar nicht ins Dorfbild paßt, aber es gilt als grundhafter Ausbau und die Anwohner haben zu löhnen.

Nun gibt es doch tatsächlich Leute, die allen ernstes der irrigen Ansicht sind, man müßte ihnen den Erlös aus dem Verkauf ihres wertvollen Pflasters beitragsmindernd anrechnen! Also Leute: wer wird denn so kleinlich sein und hier den Beckmesser spielen!? Ihr bekommt doch eine schöne neue Straße, auf der man schön schnell fahren kann, und ihr liebt doch den »satten Sound«, oder etwa nicht?

Ob, auch deshalb, die Anwohner mehrheitlich gar keine Schwarzdecke haben wollten – darauf kam es nicht an. Sie mußten nicht gefragt werden. Entschieden haben andere, nicht Betroffene! Und die sagten, daß die Häuser und die Grundstücke durch die neue schöne Straße ja viel wertvoller sein werden – dafür greift man doch gern in die Tasche!

Kommen wir nun zum Geschäft. Die B-Straße muß auch repariert werden und auch dafür ist kein Geld da. Deshalb werden die freigewordenen Pflastersteine aus der A-Straße nun verwendet, um die B-Straße neu zu pflastern. Für die Anwohner der B-Straße ist das – was sonst?! – neues Pflaster, also ein grundhafter Ausbau, an dem sie sich finanziell beteiligen müssen. Auch die wurden natürlich nicht gefragt ob sie das alte Pflaster kaufen und bezahlen wollen.

Und was passiert nun mit dem alten Pflaster der B-Straße? Richtig getippt! Das ist das neue Pflaster für die C-Straße, die auch repariert – nein! – grundhaft instandgesetzt werden muß.

So gelingt nach und nach durch Umverteilung alter Pflastersteine und stellenweise etwas Schwarzdecke durchgehend ein grundhafter Ausbau aller Straßen. Das kostet nicht viel, jedenfalls nicht diejenigen die eigentlich bezahlen müßten – dank finanzieller Bürgerbeteiligung, darauf kam es an!

Ein gutes Geschäft! Zunächst erzählt man den Anwohnern, daß die neue Pflasterstraße ja viel schöner, robuster und langlebiger ist als die alte und schon langt es sich leichter zu. Und dann gibt es noch ein Zauberwort, das heißt Fördermittel. Das ist Steuergeld, das die Gemeindeverwaltung (nicht der Bürger!) auf Antrag bekommt, wenn grundhaft ausgebaut wird und den Gemeindehaushalt nicht belastet. Wenn es keine Fördermittel gibt, dann wird nicht gebaut!

So sieht nun die Finanzierung aus: Fördermittel + Bürgeranteil (das ist der Löwenanteil) + Rest aus der Gemeindekasse. Richtig gut wird das Geschäft, wenn der örtliche Wasserverband gleichzeitig eine Leitung verlegt. Der

beteiligt sich gern (anteilig) an den Kosten, d.h. dem Gemeindeanteil, der so weiter schrumpft, denn eigentlich müßte er die Instandsetzung der Straße nach Leitungsverlegung zu 100% allein bezahlen, ganz ohne Bürgerbeteiligung. So etwas nennt man – aus Sicht von Gemeindeverwaltung und Zweckverband – ganz modern win-win Situation. Leider gibt es auch Verlierer (junge Leute sagen heute loser!) und das sind – wie immer – die Bürger, jedenfalls so lange sie den Trick nicht durchschauen und sich nicht wehren.

Nachsatz: Vorstehende Verfahrensweise ist, regional auch abgewandelt, deutschlandweit üblich. Etwaige Ähnlichkeiten mit Straßenbaupraktiken in der Gemeinde Schorfheide, Landkreis Barnim, wären rein zufällig.

JOHANNES MADEJA

Sanierung der Georgskapelle

Eberswalde (bpb). An der Georgskapelle in der Breiten Straße gibt es in diesem Winter Arbeiten zur Sicherung des aus den Gründungszeiten der Stadt im 13. Jahrhundert stammenden Baudenkmals. Darüber informierte die städtische Baudezernentin Anne Fellner. Hardy Lux von der Fraktion DIE SPD hatte nachgefragt, was sich seit der entsprechenden Anfrage der Bündnisgrünen vor einem Jahr in der Sache getan habe. Bereits im Januar 2015 habe die Stadtverwaltung eigene Überlegungen angestellt und Kontakt zu den Denkmalbehörden in Kreis und Land aufgenommen. Inzwischen wurde ein Architekt zur Planung und Überwachung der Arbeiten gebunden sowie Restauratoren mit vorbereitenden Untersuchungen beauftragt. Sobald die denkmalrechtliche Erlaubnis vorliegt, sollen die schadhafte Kalk- und die bauwerksschädigende zementhaltige Putze im Innenraum der Kapelle abgenommen werden. Außerdem werde der Traufstreifen aus Granitkleinpflaster im Außenbereich entfernt. Beide Maßnahmen sollen im Zusammenwirken ein Abtrocknen des Sockelbereiches über den Winterzeitraum ermöglichen.

Überlegungen zur Nutzung des Gebäudes, das in den Verantwortungsbereich des Kulturamtes gehört, gibt es nicht. Als Veranstaltungsort ist die St. Georgskapelle nicht mehr vorgesehen.

Hardy Lux wies darauf hin, daß im näheren Umfeld weitere Gebäude bis zur Stadtschleuse ebenfalls in einem schlechten Zustand sind und einen deutlich negativen innerstädtischen Gesamteindruck hinterlassen. Die Baudezernentin verwies auf eine bereits seit Mitte 2014 vorliegende Baugenehmigung zum Um- und Ausbau des Wohn- und Geschäftshauses in der Breiten Straße 133. Bauherr ist die Chorona Grundbesitz GmbH. Für den ehemaligen Schlachthof, einem eingetragenen Einzeldenkmal, gibt es seit März 2015 für die Eigentümerin Recke Fleischwaren-Spezialisten Vertrieb GmbH & Co. KG eine Baugenehmigung zur Erneuerung und Instandsetzung der Dachflächen. Der Baubeginn ist bereits angezeit.

Investitionen in Sportanlagen: Nur für die »großen Vier«

Unsere Fraktion hat sich zur Sportentwicklungsplanung Eberswalde 2030 und den daraus entstehenden inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Konsequenzen rechtzeitig und transparent positioniert. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf unser Positionspapier zur Sportentwicklungsplanung vom 3. September 2015.

Wir haben frühzeitig den allgemeinen Zustand des Fritz-Lesch-Stadions thematisiert und diesbezügliche strategische Konsequenzen eingefordert.

Wir gehen in der Fraktion jederzeit von einer Gesamtabwägung in der Interessenvertretung für die Eberswalder Einwohnerschaft aus.

Dabei verstehen wir uns ausdrücklich nicht als willfähige Erfüllungsgehilfen für den Lobbyismus bestimmter Vereine, wie dem FV Preußen, dem FV Lok Eberswalde, dem 1. FV Stahl Finow oder dem Eberswalder SC.

Wir lassen uns von diesen und anderen Vereinen weder in den Hinterzimmern noch in anderen inoffiziellen Runden vereinnahmen.

Die Mitglieder unserer Fraktion gehören altersbedingt sicherlich nicht zu den Sportlichsten. Unser Herz schlägt dennoch jederzeit für ALLE Sportvereine in der Stadt Eberswalde und nicht nur für die großen Vier, die sich überwiegend auf den Fußball konzentrieren.

Der Beschlußvorlage zur Erhöhung der Investitionen in städtischen Sportanlagen von 200 auf 500.000 € im Jahr 2016 wird die Fraktion nicht zustimmen. Das ist nicht nur damit begründet, weil der vorliegende Beschlußvorschlag im zweiten Absatz eine redaktionelle Zumutung ist.

Uns fehlt insbesondere ein transparentes und nachvollziehbares Gesamtkonzept für das Fritz-Lesch-Stadion, in dem sich alle Nutzerinnen und Nutzer mit ihren berechtigten Ansprüchen diskriminierungsfrei wiederfinden.

Eine Finanzierung der im Beschlußvorschlag skizzierten Projekte auf Kosten der beiden Grundschulen »Bruno H. Bürgel« und Finow geht aus unserer Sicht überhaupt nicht. Da werden umfangreiche Mittel in moderne Medien investiert, die nun aber nur teilweise für einen innovativen und kreativen Schulalltag genutzt werden können.

Wie wäre es, wenn wir aus den liquiden Rücklagen der Stadt mal 5 Millionen im Stück in die Hand nehmen und gepaart mit Fördermitteln das Fritz-Lesch-Stadion und das Westendstadion von Grund auf barrierefrei und energieeffizient sanieren?

Also einmal Nägel mit Köpfen machen, statt Jahr für Jahr kostenintensive Flickschusterei zu betreiben. Mit den so frei werdenden Geldern kann die Rücklage dann wieder aufgefüllt werden. Mit einem dynamischen »Sport frei!« verbleibt

CARSTEN ZINN,

Eberswalder Haushalt 2016:

Struktureller Haushaltsausgleich nötig

Für die Zukunft ist es entscheidend, einen strukturellen Haushaltsausgleich herzustellen, um die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Haushaltes herstellen zu können. Nur dadurch wird eine stabile finanzielle Basis geschaffen, welche einen Doppelhaushalt der Jahre 2017/18 ermöglichen kann...

Im Haushalt 2016 ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben, im Vergleich zu 2015 erkennbar. Die Verwaltung hat dabei die Anregungen aus der Haushaltsdiskussion 2015 mit aufgenommen. Ein Haushalt, welcher durch Vermögen, Liquidität und Ertrag abgesichert wird, versetzt uns in die Lage, einen ausgeglichenen Haushalt, eine dauerhafte Aufgabenerfüllung und Generationengerechtigkeit für die Zukunft umzusetzen...

Wie ist die Struktur des Haushaltes gestaltet? Als ein erkennbar sozial geprägter Haushalt 2016, sollte dieser wirtschaftlich gestaltet sein, damit wir einer zunehmenden Verschuldung der Stadt Eberswalde klar entgegenwirken. Der Kultur- und Sozialbereich darf nicht weiter unwirtschaftlich arbeiten. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie Transferleistungen müssen ausgewogen sein. Es müssen verstärkt Einnahmen generiert werden. Es sollte hinterfragt werden, ob die Steigerungsraten bei Sach- und Dienstleistungen be-

rechtigt sind! Diese sind die Ursache dafür, daß im Haushalt 2016 ein Defizit entstanden ist. Der strukturelle Haushaltsausgleich ist dringend nötig, um wieder Rücklagen zu bilden, die für notwendige Investitionen erforderlich sind und finanzielle Spielräume schaffen. Die Wiedergewinnung eines finanzpolitischen Handlungsspielraumes sollte das erklärte Ziel sein.

Das Potential, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen, ist vorhanden. Überplanmäßige Personalausgaben sollten dabei durch Einsparungen gedeckt werden und nicht durch Mehrerträge der Gewerbesteuer. Mehr Personal sollte auch zu einer höheren Leistungsfähigkeit und Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Eberswalde führen...

Bei einer Einnahme von über 12 Millionen Euro Steuergeldern aus Grund- und Gewerbesteuer, welche über dem Landesdurchschnitt liegt, erwarten die Wirtschafts- und Einzelhandelsunternehmen weitere nachhaltige Investitionen in eine verbesserte Infrastruktur auch für Neuansiedlungen von Unternehmen und die Stärkung des Einzelhandels, um im Wettbewerb der Städte und Gemeinden im Landkreis Barnim sowie im angrenzenden Umland erfolgreich bestehen zu können...

DIETMAR ORTEL (CDU), Vorsitzender Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (gekürzt)

Kontrovers diskutiert und JA gesagt

Alle Jahre wieder – beschäftigt uns die Generaldebatte zum städtischen Haushalt, die in der Regel als Tiger startet und stets als sanfter und einschläfernder Bettvorleger landet...

Die Mitglieder unserer Fraktion haben – wo es notwendig war – kritisch hinterfragt und auch den Finger in die »Wunde« gelegt. Wir haben uns aber nicht an der großen Weihnachtsgeschenkzettelaktion, wie von den Fraktionen DIE-SPD und CDU vorgemacht, beteiligt. An dieser Stelle sei das Eberswalder kommunal- und finanzpolitische »Traumpaar«, bestehend aus der Baudezernentin ANNE FELLNER und dem stets umtriebigen Stadtverordnetenkollegen DANIEL KURTH (DIE-SPD) mit Respekt und Anerkennung genannt. Sie haben es mit einer bemerkenswerten Kreativität und Geräuschlosigkeit in den kommunalen Hinterzimmern geschafft, aus der knapp gefüllten Schatulle des Baudezernates noch finanzielle Reserven freizulegen und für 2016 haushaltswirksam zu machen. Das Projekt der Stiftung Waldwelten, die Sanierung des Forstschreiberhauses, das zum »ZAINHAMMER II«-Projekt mutieren könnte, ist eines der aktuellen Beispiele der gelungenen Zusammenarbeit. Eine Zusammenarbeit, die kurzfristig zum Ziel führte, nachdem das Problem wenige Tage zuvor sehr medienwirksam in einer nicht unbekanntem Ostbrandenburger Tageszeitung und auf

der stadteigenen Homepage kommuniziert wurde.

Für unsere Fraktion gibt es viele Gründe, dem Stadthaushalt 2016 die Zustimmung zu versagen. Wir sehen aber auch viele Aspekte, die für ein JA sprechen. Wir haben kontrovers debattiert und alle Argumente abgewogen. Im Ergebnis haben wir uns dafür entschieden, der vorliegenden Haushaltssatzung 2016 heute zuzustimmen. Dies auch in Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit seitens der neuen Verwaltungs- und Finanzdezernentin Petra Stibane, die sie gemeinsam mit dem ebenfalls neuen »Chefkoch« in der Stadtkämmerei Stefan Siebert einschließlich seines gesamten Teams geleistet hat.

Die kommunal und finanzpolitischen Herausforderungen für 2016 werden von den Stadtverordneten viel Kreativität aber auch manch unpopuläre Entscheidung erfordern. Dabei gilt es, die Eberswalder Einwohnerschaft frühzeitig zu beteiligen und aktiv mitzunehmen. Dies sollte uns dann auch bei der Erarbeitung des nächsten Haushaltes gelingen...

Dazu brauchen wir Transparenz und eine Bürgerbeteiligung auch hinsichtlich der finanzpolitischen Eckwerte. Erst dann könnten wir tatsächlich von einem »Bürgerhaushalt« reden.

CARSTEN ZINN, Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (gekürzt)

Besucherunfreundliche Bibliothek

Eberswalde (jg/bbp). Am Montagvormittag nach Weihnachten standen etliche Eberswalder vor der verschlossenen Tür der Bibliothek in der Puschkinstraße 13 und schüttelten den Kopf: »Und ich dachte, es wäre genau andersherum!« Die Stadtbibliothek ist beliebt und in der Ferienzeit zum Jahreswechsel haben viele Kinder auch die Muße, mal ein Buch zu lesen oder sich Hörbücher, Filme oder Spiele auszuleihen. Allerdings hat die Stadtbibliothek montags erst ab 14 Uhr geöffnet, dafür ist sie am Dienstag von 10 bis 18 Uhr offen und mittwochs ganz geschlossen.

Wegen der Feiertage war die Bibliothek in den beiden Ferienwochen zwischen den Jahren nur jeweils an zwei Tagen in der Woche für 4 bzw. 8 Stunden geöffnet. Vom 23. bis 27. Dezember und vom 30. Dezember bis 3. Januar war die Bibliothek zu. Daß zu Weihnachten und Silvester sowie an den Feiertagen keine Buchausleihe stattfindet, ist verständlich. Aber wieso dachten die Verantwortlichen nicht daran, wegen der langen Schließzeit ausnahmsweise mal mittwochs zusätzliche Öffnungszeiten anzubieten?

Die Öffnungszeiten sind allerdings keineswegs nur ein weihnachtliches Problem.

Denn die Stadtbibliothek hat seit Jahr und Tag lediglich 28 Stunden in der Woche geöffnet. Die Änderung der Öffnungszeiten im Juli 2015 beinhaltete lediglich die Verschiebung ei-

nes »langen Tages« vom Freitag auf den Dienstag. Dabei verfügt die Stadtbibliothek laut Stellenplan über sieben Bibliothekare (6,25 Vollzeit-Stellen). Seit dem Umzug in das Bürgerbildungszentrum »Amadeu Antonio« in der Puschkinstraße stehen zudem moderne Automaten für die Ausleihe und die Rückgabe zur Verfügung, wodurch die Beschäftigten entlastet wurden. Eine Erweiterung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek sollte also durchaus möglich sein.

Wo ist die Puschkinstraße?



Eberswalde (jg). Wer als Ortsfremder von der Eisenbahnstraße kommt das Bürgerbildungszentrum in der Puschkinstraße sucht, wird es schwerlich finden. Denn dort hat man schlichtweg das Straßenschild vergessen.

Stolpersteine und defekte Straßenlampen

Maerker – der schnelle Draht zur Stadtverwaltung Eberswalde

Eberswalde (bbp). Einige Stadtverordnete hatten schon vor Jahren die Einführung von »Maerker« gefordert, als noch kaum jemand davon wußte. Die Verwaltung zeigte sich zunächst skeptisch, waren doch zusätzliche Arbeit und damit Kosten zu erwarten.

Bei dem internetbasierten Mitmach-Dienst »Maerker« handelt es sich um ein Produkt des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg, das den Dienst in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Anwendungszentrum beim Zentralen IT-Dienstleister Brandenburg erdachte. Mehr Informationen dazu gibt es im Internet unter www.maerker.brandenburg.de.

Das Innenministerium drängte nun, daß ihr schickes Produkt von den Kommunen auch angewendet wird. Zudem lagen inzwischen bereits aus anderen Städten positive Erfahrungen vor. So führte im vergangenen Jahr auch die Stadt Eberswalde den »Maerker« ein.

Der Sinn und Zweck ist einfach. Bürgerinnen und Bürger können über den »Maerker« im Internet den Brandenburger Kommunen mitteilen, wo sie ein Infrastrukturproblem entdeckt haben: gefährliche Schlaglöcher zum Beispiel oder wilde Mülldeponien, unnötige Barrieren für ältere oder behinderte Menschen. Meldungen, die bis 14 Uhr eingestellt werden, erscheinen spätestens am ersten fol-

genden Arbeitstag um 18 Uhr im Maerker-Portal. Zulässige Bürgerhinweise werden nicht gefiltert, heißt es auf dem Maerker-Flyer der Stadt. Die Stadtverwaltung verpflichtet sich, innerhalb von 3 Arbeitstagen eine verbindliche Antwort zu veröffentlichen. Die Umsetzung erfolgt dann innerhalb der gesetzten Termine. Sofern die Stadtverwaltung Eberswalde nicht zuständig ist, wird der Hinweis innerhalb von 3 Arbeitstagen an die zuständige Behörde oder Dritte weitergeleitet.

Jeder Bürger, so die Versicherung, der seine eMail-Adresse hinterläßt, erhält eine Antwort und wird über weitere Änderungen informiert.

Die Verantwortlichen in der Stadt erhoffen sich durch den »Maerker« ein Mehr an Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in Eberswalde.

Das »Maerker«-Portal ist erreichbar über die städtische Internetseite www.eberswalde.de oder mobil mittels kostenloser App. Mittels virtueller Ampel wird für jeden Hinweis der jeweilige Arbeitsstand angezeigt. Rot bedeutet, daß der Hinweis eingegangen ist. Während der Hinweis durch die zuständige Stelle bearbeitet wird, leuchtet die Ampel gelb. Auf grün schaltet sie, wenn der »infrastrukturelle Mißstand« soweit wie möglich behoben worden ist. Im Maerker-Portal wird dazu eine abschließende Nachricht veröffentlicht.

Heuchler im Auftrag des Herrn

Der HERR ist in diesem Fall Bahnchef Grube. Und der ließ seinen Angestellten, den Dr.-Ing. Joachim Trettin sprechen:

Wir sind uns bewußt, daß in der Belegschaft des Fahrzeuginstandhaltungswerkes Eberswalde eine große Verunsicherung herrscht und auch wir sind selbstverständlich an einer möglichst schnellen Lösung im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interessiert. Wie Sie der Presse ... entnehmen konnten, ist der Landesregierung Brandenburg ein interessantes Angebot unterbreitet worden. Die entsprechende Pressemitteilung habe ich Ihnen als Anlage beigelegt. Zu diesem Angebot sind nunmehr weiterführende Gespräche mit der Landesregierung erforderlich, wobei der erste Termin bereits für den Januar 2016 vorgesehen ist.

Die Presseinformation vom 11. Dezember 2015 ist so betitelt: »Deutsche Bahn bietet Land Brandenburg Werk Eberswalde für einen Euro zum Kauf an«.

Die Bahn würdige mit diesem Angebot die Anstrengungen des Landes zur Sicherung des Standortes, heißt es darin. Neben dem Gelände, den Anlagen und Vorräten würden auch die bestehenden DB-Aufträge für 2016 »voll im Werk« bleiben. Darüber hinaus sehe das Angebot vor, »daß das Land Brandenburg möglichst alle Mitarbeiter übernimmt, mindestens jedoch 200 Mitarbeiter«.

Bis Ende 2016 soll das Werk sowieso auch im Bestand der Bahn AG bestehen bleiben. Danach wird es – das kann der Pressemitteilung indirekt entnommen werden – keine DB-Aufträge mehr geben.

Für den berüchtigt-berühmten 1 Euro würde die Bahn AG die Verantwortung für die Bahnwerk-Mitarbeiter los werden. Selbst wenn der sofortige Weiterverkauf an den Interessenten aus der Prignitz gelänge, würde der nur 100 Mitarbeiter übernehmen. Der Rest bliebe beim Land angestellt – ohne Werk und ab 2017 auch ohne Aufträge. Der fällige Sozialplan und auch die Entlassungen wären dann nicht mehr Sache der Bahn AG sondern Sache des Landes Brandenburg. Schön ausgedacht.

Nur noch als purer Hohn kann da folgender Satz in der Pressemitteilung der Bahn AG verstanden werden: »Nachdem das Land Brandenburg sich in den bisherigen Verhandlungen optimistisch hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft des Werkes Eberswalde gezeigt hat, will die Bahn mit ihrem Angebot diesem Engagement Rechnung tragen.« Dabei waren es Grube & Co., welche die Bahn erst in die aktuelle Krise mit Milliarden Verlusten geführt haben. Scheinbar lautet ihr Auftrag: Vernichtung des Bahnverkehrs – koste es, was es wolle.

GERD MARKMANN

1.000 Flüchtlinge?

Finowfurt (cz/bbp). »Dieses Gerücht hält sich leider schon seit längerer Zeit«, sagt der Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide Uwe Schoknecht auf Nachfrage zu den Informationen, wonach auf dem Gelände der ehemaligen »Russenbäckerei« bis zu 1.000 Flüchtlinge Unterkunft erhalten sollen. »Es ist ein Gerücht! Die Gemeinde plant; die Fläche zu erwerben und entsprechend der Festlegungen im Flächennutzungsplan zu entwickeln. Geplant sind Parkplatzflächen für das Luftfahrtmuseum und Ansiedlungsflächen. Maximal ein Gebäude soll dem Landkreis zur Unterbringung von Flüchtlingen angeboten werden. Doch zur Zeit sehe ich kein Interesse des Landkreises an dem kostspieligen Ausbau eines Abrißhauses.« Uwe Schoknecht meint, daß 2016 ohnehin erst einmal »die berlinnahen Kommunen in der Pflicht« seien, Flüchtlinge unterzubringen.

Geld für Wohnungen

Eberswalde (bbp). Für die Unterbringung von Flüchtlingen sind die Landkreise zuständig. Die Kreisverwaltung Barnim hat im vergangenen Jahr infolge der gestiegenen Flüchtlingszahlen neben Notunterkünften mehrere neue Übergangsheime eingerichtet. Beispielsweise eines in Bernau-Waldfrieden mit 103 Plätzen. 2016 soll dort noch ein Neubau mit 200 weiteren Plätzen entstehen. Dafür investiert der Landkreis mehrere Millionen Euro. Übergangsheime sind aber nur für den Übergang. Für eine menschenwürdige Unterkunft, vor allem für Familien, braucht es Wohnungen. Die Kreisverwaltung will im neuen Jahr 250 neue Flüchtlingswohnungen aquirieren. Unterstützt wird das vom Land Brandenburg, das jeden Platz in Wohnungen mit einer Investitionspauschale von 2.300 Euro bezuschußt.

Eine weitere Fördermöglichkeit ergibt sich aus dem Stadumbauprogramm. Hier können Mittel, die bislang für den Abriß von Wohnungen vorgesehen waren, für Investitionen in Wohnungen für Flüchtlinge verwendet werden. Allerdings läuft die Vergabe über die Kommunen. In Eberswalde konnte das die stadteigene WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH nutzen, die vom geplanten Abriß in der Potsdamer Allee absah und hier nun Flüchtlingswohnungen einrichtet.

Inwieweit diese Fördermöglichkeit auch von anderen Wohnungsgesellschaften genutzt wird oder genutzt werden kann, ist bislang nicht bekannt.

Im Unterschied zu Eberswalde und Orten im Nordteil des Kreises, sind in Berlinnähe Wohnungen generell knapp. Um für alle bezahlbare Mieten zu gewährleisten, gibt es hier seit längerem die Forderung, endlich wieder in einen geförderten sozialen Wohnungsbau einzusteigen. Entsprechende Signale gibt es aus verschiedenen Gemeinden, aber nicht seitens der Kreisverwaltung.

»Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!«:

Bürgerinitiative ist voller Zuversicht

Den Schwerpunkt unserer Arbeit bildete im Jahr 2015 die Begleitung des Rechtsstreits vor dem Bundesverwaltungsgericht. Hier galt es, engen Kontakt zu unserem Anwalt und zu den Gutachtern zu halten und die Unterstützer vertragsgemäß über den jeweiligen Verfahrensstand zu informieren.

Der Ende September 2014 vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) verfügte Baustopp ist bis zum Abschluß des Verfahrens wirksam, da das Gericht in Abstimmung mit den Prozeßbeteiligten darauf verzichtete, über das von den Klägern beantragte Eilverfahren vor einer Entscheidung in der Hauptsache zu entscheiden. Die Entscheidung des Gerichts wird am 21. Januar 2016 verkündet werden.

Am 30. Juli 2015 teilte das Gericht uns mit, daß die mündliche Verhandlung über die Klage auf den 16. September 2015 terminiert ist.

Am 8. September brachte 50 Hertz überraschend ein neues, umfangreiches Fachgutachten zur Thematik des Vogelschutzes und der Vogelverluste in das Verfahren ein, woraufhin unser Anwalt eine Verlegung des Termins der mündlichen Verhandlung beantragte, um Zeit für eine ausführliche Stellungnahme zu gewinnen, der das Gericht stattgegeben hat. Der Termin für die mündlichen Verhandlung wurde schließlich auf den 2. Dezember festgesetzt.

Anfang Oktober hat das Gericht vorgeschlagen, am 3. November 2015 einen nichtöffentlichen Erörterungstermin durchzuführen, um vor dem Hintergrund einer Skizze der Prozeßrisiken, über die beide Parteien durch den Berichterstatte des Gerichts informiert wurden, Möglichkeiten einer außergerichtlichen Einigung zu erörtern.

Es gab für uns verschiedene Gründe, dieses Angebot eines Erörterungstermins anzunehmen. Zum einen konnten wir hier Informationen über die Sichtweise des Gerichts bezüglich der Erfolgchancen unserer Klage gewinnen, zum anderen evtl. die Kompromißbereitschaft von 50 Hertz etwas tiefer ausloten.

Flüchtlings-Hilfe-Portal HelpTo

Eberswalde (prest-bar). Das Engagement für Flüchtlinge im Landkreis Barnim hat jetzt eine einheitliche Internet-Adresse: www.help.to. Über das Online-Portal HelpTo können sich Organisationen, Initiativen, Unternehmen, Vereine sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger schnell und unkompliziert auf lokaler Ebene über das austauschen, was bei der Betreuung und Integration von Flüchtlingen benötigt wird. Auch die Flüchtlinge gehören zur Zielgruppe, daher werden die meisten Informationen auch auf Englisch bereitgestellt.

HelpTo ist ein Projekt des Vereins Neues Potsdamer Toleranzedikt. Es wird vom Land Brandenburg durch die Koordinierungsstelle



Foto: JURGEN GRANZOW

Da eine außergerichtliche Beilegung des Rechtsstreits nicht gelang, wurde am 3.12.2015 die Streitsache vor dem Bundesverwaltungsgericht mehrere Stunden lang mündlich verhandelt. Kurz vor 17 Uhr wurde die Verhandlung beendet und der Gerichtsvorsitzende erklärte, daß die Entscheidung des Gerichts am 21. Januar 2016 verkündet werde.

Die Bürgerinitiative war mit einer Besuchergruppe von 7 Personen angereist und beobachtete das Verfahren. Wir sehen der Entscheidung des Gerichts voller Zuversicht entgegen, denn wir sind sicher, daß das Gericht in wesentlichen Punkten der von uns unterstützten Klage des NABU-Brandenburg und anderer Kläger entsprechen wird. Zugleich ist uns klar geworden, daß der Konflikt mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts nicht wirklich beendet ist, denn selbst wenn der Planfeststellungsbeschuß aufgehoben wird, wird 50 Hertz sein Vorhaben nicht aufgeben, sondern versuchen, in einem zweiten Anlauf die Freileitungsplanung durchzudrücken.

Um auch die zweite Runde in diesem Kampf zu bestehen, sind wir weiterhin auf Ihre Hilfe angewiesen. Wir bedanken uns für Ihre bisherige Unterstützung und senden Ihnen unsere besten Wünsche für das kommende Jahr.

Nicht über unsere Köpfe! Keine 380kV-Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!

HARTMUT LINDNER, Sprecher der BI

»Tolerantes Brandenburg«, der Stadt Potsdam sowie weiteren Partnern unterstützt. Daniel Wetzel vom Potsdamer Toleranzedikt: »Wir bieten HelpTo Kommunen als Ergänzung und Verbindung zu bestehenden und gut funktionierenden Netzwerken in der Flüchtlingshilfe an. In sechs Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg wird HelpTo wenige Woche nach dem Start bereits sehr gut genutzt, es sind regelmäßig hunderte von Angeboten und Gesuchen online und wir können schon viele erfolgreiche Vermittlungen vorweisen.«

Die Nutzung von HelpTo ist kostenfrei. Erforderlich ist lediglich eine Online-Registrierung mit Benutzernamen und E-Mail-Adresse.

Bilanz 2015:

Erhalt der Dorfstraße in Klandorf

Klandorf (bbp). Wir informierten zuletzt in unserer Ausgabe vom Mai 2015 über den Stand der Dinge. Damals sah es so aus, als stünde die »Initiative zum Erhalt der historischen Klandorfer Dorfstraßen« vor einem Erfolg. Die Bürgerinitiative (BI) hatte Fördermöglichkeiten akquiriert, die den kommunalen Anteil auf Null drückten und zugleich auch sämtliche Kosten von den Anwohnern ferngehalten hätten. Die Gemeindeverwaltung brauchte nur noch zugreifen und ihre Hausaufgaben machen. Über das Erreichte berichtet nachfolgend der Vertreter der Bürgerinitiative Lutz Paproth:

Die im Angebot des Gutachters Lompe vom 27.10.2015 als Fremdleistung enthaltene Fördermittelrecherche wurde laut Mitteilung der Bauamtsleiterin Manuela Brandt durch die Gemeindevertreter am 10. November 2015 gestrichen, Gründe dafür wurden nicht mitgeteilt. Festzuhalten bleibt, daß die Streichung in das beklagenswerte Bild paßt. Wichtiger noch sind in dem Zusammenhang die Schlußfolgerungen, die spätestens im Zuge der Haushaltsberatungen aus den Erkenntnissen der Recherche hätten gezogen werden müssen, und daß die dafür notwendigen Aktivitäten der politischen Gremien und der Verwaltung bislang zu unserem Bedauern ausgeblieben sind.

Ausgangspunkt war die Übereinstimmung des Bürgermeisters mit der BI Ende 2014, das Jahr 2015 dafür zu nutzen, Alternativen zum Neubau der Klandorfer Dorfstraße und alternative Finanzierungsmöglichkeiten dazu zu ermitteln. Die bauliche Untersuchung wurde unlängst beauftragt, das sei hier positiv angemerkt. Korrespondierend dazu wurde von der BI bereits in der Gemeindevertreterversammlung (GV) am 29. April 2015 zur Finanzierung eine Kombination der Förderung durch LEADER und Flächenpool vorgeschlagen (BBP 5/2015). Diese Kombination wäre optimal anzustreben, deswegen haben wir darauf fokussiert. Wegweisende Grundlage als ein Ergebnis der Recherche war das Schreiben des Ministeriums für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) an den Landtagsabgeordneten Péter Vida vom 20. April 2015. Andere Optionen wurden im Zuge der Recherche ausgeschlossen bzw. nicht weiterverfolgt.

Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es erforderlich, daß die GV einen Betrag in Höhe von 50.000 Euro als Eigenanteil im Haushalt 2016 bereitstellt als notwendige Voraussetzung für die Beantragung von LEADER-Mitteln. Der Maximalbetrag für zu fördernde Maßnahmen liegt bei 200.000 Euro, Antrag/Projektbogen sind einzureichen bis 29.02.2016.

Parallel dazu wäre unverzüglich der Eigenkapital-Ersatz durch den Flächenpool (Ausgleichsmaßnahmen) beim Landkreis durch entsprechende weitere Verhandlungen anzustreben. Diese Mittel sind auch geeignet, Instandsetzungsmaßnahmen isoliert ggf. in Abschnitten an Bergstraße und Marienwerder Weg durchzuführen. Am 30. Juni 2015 hatte die Bauamtsleiterin der BI gegenüber erklärt, die Gemeinde will diese Förderung in Anspruch nehmen. Entsprechende Aktivitäten folgten aber u.W. nicht.

Im Erfolgsfall könnten die vorsorglich bereitgestellten Eigenmittel als Voraussetzung für LEADER wieder in den Haushalt zurückgeführt werden. Das auch für den Fall, wenn das Vorhaben Klandorf nicht erwartungsgemäß in das Programm aufgenommen werden sollte. Es bestehen also keinerlei Risiken, sondern lediglich aussichtsreiche Chancen. Schließlich ist uns daran gelegen, daß unser Bürgermeister nicht etwa ins Gefängnis kommt, hatte er doch am 29.04.2015 unsere Empfehlung als »Anstiftung zum Subventionsbetrug« bewertet.

Beide Finanzierungsschienen zur Durchführung der baulichen und sonstigen Maßnahmen gemäß Punktesystem der Regionalen Entwicklungsstrategie (RES) im Jahre 2016/2017 bedürfen der Koordination auf verschiedenen Verwaltungsebenen bis hin zum MLUL, des nachgeordneten LELF in Prenzlau und der LAG, der permanenten Bearbeitung und vor allem der ernsthaften Interessenbekundung durch die Gemeinde bereits im zeitlichen Vorfeld Monate vor der Antragstellung, da beispielsweise die LAG ihre Programm-Empfehlungen zu konkurrierenden Projekten im Rahmen der verfügbaren Mittel 2016 längst vorberreitet.

Allerdings – und das ist der entscheidende Punkt – ist nicht übersehen, daß das Ziel einer Inanspruchnahme der durch uns aufgezeigten alternativen Finanzierung zum Vorteil der Gemeinde und der Bürger nicht glaubwürdig verfolgt wird. Über die Gründe würden wir gerne etwas erfahren, denn vernünftig oder wirtschaftlich erscheinen die Motive der zögerlichen bis Verweigerungshaltung von Gemeinde und politischer Gemeindevertretung für uns Bürger nicht. Am 5. Mai 2015, nach einem diesbezüglichen Gespräch mit mir, hatte Frau Brandt im Bauausschuß behauptet, die vorgeschlagene Beantragung und Kopplung von Fördergeldern sei »überhaupt nicht möglich«. Das sehen wir als eine offenbar politisch motivierte Desinformation.

Bei der seitens der Gemeinde traditionell bevorzugten Förderung nach Richtlinie über den Landesbetrieb für Straßenwesen werden nach Abzug der Anliegerbeiträge für Neubaustraßen lediglich 50 % gefördert, nicht jedoch erhaltende Erneuerungsmaßnahmen, wie wir sie unter dem allseits abgestimmten Leitbild der behutsamen Dorferneuerung anstreben. Diese Förderung ist also im vorliegenden Fall ungeeignet.

Demgegenüber fördert LEADER mit 75 % auch Erhaltungsmaßnahmen. Diese Förderung

ist deswegen eindeutig geeignet. Der Wettbewerb vor Programmaufnahme erfolgt nach einem Punktesystem der RES und Empfehlung der LAG gegenüber der Bearbeitungsstelle LELF Prenzlau.

Das Scheitern des auf unser Drängen von der Gemeinde im letzten Moment per 29.5.2015 mit heißer Nadel eingereichte Projektbogens war von vornherein klar, weil dieser Antrag nicht ausreichend qualifiziert und nicht adäquat vorbereitet worden war. Zudem lagen zu dem Zeitpunkt längst mit der LAG abgestimmte Projekte im Rahmen der verfügbaren Mittel vor. Erreicht wurden mit dem Projektbogen der Gemeinde lediglich ca. 25 Punkte. Deswegen haben wir mit der LAG abgesprochen, daß der Antrag für die anstehende Periode 2016 in enger Abstimmung mit der LAG umfassend konzeptionell ausgearbeitet werden soll.

Die LAG hat sich uns gegenüber zuletzt am 10. November 2015 sehr wohlwollend und kooperativ zum Klandorfer Vorhaben gezeigt. Die notwendigen mindestens 30 Punkte können mit einem integrierten, erweiterten Dorfkonzert einschließlich der Attraktivitätssteigerung für den Tourismus erreicht werden. Dafür ist jedoch – neben der Darstellung des gemeindlichen Eigenanteils – eine intensive, kontinuierliche und qualifizierte Ausarbeitung einschließlich der Vernetzung mit relevanten Dritten Voraussetzung.

Sachdienlich bzw. schlüssig getan wurde die Konsequenz aus der Fördermittelrecherche seit April 2015 – weder von Gemeindeverwaltung noch seitens der politischen Entscheidungsgremien – NICHTS.

Augenblicklich bleibt lediglich festzuhalten, daß das alles so nicht funktionieren kann. Es mangelt innerhalb der Gemeinde an allen notwendigen Voraussetzungen: Glaubwürdigkeit, Commitment (*Verpflichtung, d. Red.*), ehrlicher Wille, Zeit und qualifizierte personelle Ressourcen. Wir hätten die notwendigen Leistungen für die Gemeinde übernehmen können, unter der Voraussetzung eines Mandats auf der Grundlage eines Vertrages. Die Streichung der Kosten für die bereits geleistete Fördermittelrecherche im Gutachter-Auftrag (die ebenso wie das Gutachten selbst förderungsfähig ist) durch die Gemeindevertretung ist lediglich ein weiteres Beispiel für mangelndes Commitment innerhalb der Beziehungen zwischen Bürgerschaft und politischer/administrativer Führung der Gemeinde Schorfheide.

Das Angebot, am 17.02.2016 vor der Gemeindevertretung zu sprechen, nehmen wir an. Für die anstehenden notwendigen Entscheidungen im Zuge der Haushaltsberatungen wird es dann natürlich zu spät sein, ebenso für eine adäquate Vorbereitung des LEADER Antrages. Aber das ist ja offenbar von den Entscheidungsträgern der Gemeinde so gewollt.

LUZ PAPROTH,
Initiative zum Erhalt
der historischen Klandorfer Dorfstraßen



Unsere geliebte Muttersprache ist ein Frauenzimmer, das sich nicht wehren kann, wenn es vergewaltigt und anderweitig mißbraucht wird. Täter sind Journalisten einer bestimmten Sorte, Politiker, sogenannte Talk-Master und zahllose Nachäffer, die sich meist einer soliden Halbbildung erfreuen. Wie, zum Beispiel, jener Beamte einer hiesigen Behörde, der nicht in der Lage war, mich in einer banalen Sache zu »beauskunften«, weil ihm »die einschlägige Materie nicht kommuniziert« worden sei. Kurz gesagt: Er hatte keine Ahnung.

Es gilt das Gebot, einmal öffentlich gewordene Redensarten auf Deibelkommraus und ungeprüft mittels eigenen Verstands zu kolportieren – auch die absurdesten. »Ich mußte mich erst sortieren...« Der Mensch als Skatkarte. Wer so dämlich daherquatscht, sollte – wenn schon Skat – als Lusche verstanden und behandelt werden. Rein sprachlich betrachtet...

Nicht anders als, zum Exempel, die Damen Göring-Eckardt von der Partei der fledermausmordenden Windräder und Klöckner aus dem Zirkel der CDU-Granden, die sich emsig eine der sperrigsten Spracheseleien zu eigen gemacht haben, »Da ist noch Luft nach oben« heißt der Auswurf »moderner« Rede und meint schlicht und einfach Abstand, Mögliches, Platz oder bisher Ungenutztes, was aber banal sich anhören tät, gelle?

Wenn »Luft nach oben« überhaupt denkbar ist, dann wahrscheinlich für den freien Raum zwischen Hirnmasse und Schädeldecke derer, die im Nachplappermodus sind.

Da haben wir ihn schon, den neuerdings inflationär gebrauchten »Modus«. Er kommt als Abwarte-, Prüf-, Entspannungs-, Abwehr-, Diät-, Verweigerungs-, Trainings-, Ergriffenheits- und Saufmodus (Oktoberfest) allenthalben vor, wie diese – im Zufallsmodus erfaßte - Kollektion beweist, die ohne Mühe zu vervielfachen wäre. Das Modewort nebelt treffendere, buntere und schlichtere Synonyme einfach weg. Zustand, Stimmung, Laune, Haltung, Gestus, Verhalten, Vorgang, Gefühl - dem neuen Götzen Modus werden sie alle geopfert, so, wie unsere Kinder zu Kids und aus Reinemachfrauen Floormanager wurden.

Nur in seltenen Fällen wird ruchbar, welchem Hirn die kruden Kreationen entfleucht sind. Eine der wenigen Ausnahmen ist die »schwarze Null«, die Wolfgang Schäuble erfunden hat und mit der er – entgegen naheliegenden Vermutungen – nicht die Kanzlerin als solche meinte.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Stadtverordnete konsequent verarscht

Eberswalde (bbp). Die städtische WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH hat Ende 2015 einen neuen Fernwärmevertrag mit dem einzigen Anbieter EWE geschlossen. Vorausgegangen waren Forderungen der Stadtverordneten, »wichtige Inhalte und Parameter des (vorherigen) Wärmelieferungsvertrages mit dem Lieferanten EWE und deren Auswirkungen auf die Betriebskosten« offenzulegen. Bürgermeister und WHG-Geschäftsführung hatten sich in der Vergangenheit immer wieder gesträubt, darüber zu informieren, so daß die Stadtverordnetenversammlung (StVV) erst einen förmlichen Beschluß fassen mußte (Beschluß-Nr. 12/94/15). Darin war festgelegt, daß die StVV und der Ausschuß für Energiewirtschaft (AEW) bis zum 15.09.2015 zu informieren sei. Tatsächlich gab es die entsprechende Information aber erst zur StVV am 26.11.2015 als 80seitige Tischvorlage, d.h. die Stadtverordneten hatten keinerlei Chance, sich vorab mit den Inhalten auseinanderzusetzen, um dem vortragenden WHG-Geschäftsführer gegebenenfalls Fragen zu stellen (BBP 12/2015).

Fragen gab es so erst in der Sitzung des Ausschusses für Energiewirtschaft am 8. Dezember. Da war der neue Wärmelieferungsvertrag zwischen WHG und EWE aber längst abgeschlossen, wie WHG-Geschäftsführer Adam auf Nachfrage mitteilte. Die Ausschußmitglieder waren verärgert und verärgert. Im Rahmen der Einwohnerfragestunde der darauffolgenden StVV am 17. Dezember gab ALB-RECHT TRILLER vom BÜNDNIS FÜR EIN DEMOKRATISCHES EBERSWALDE folgende Erklärung ab – und, nachdem er wegen Überschreitung der Redezeit in Punkt 5 unterbrochen wurde, zu Protokoll:

Als langjähriger Streiter für ein demokratisches Eberswalde, darunter für Transparenz in kommunalen Unternehmen und Verantwortung des Bürgermeisters als deren Gesellschaftsvertreter, sehe ich mich heute zu folgender Erklärung veranlaßt.

1 Bürgermeister Boginski wird seiner Verantwortung als Vertreter der Stadt in der WHG nicht gerecht. Statt klar Stellung zu beziehen und dafür einzutreten, daß die WHG ihre Arbeit auf das Wohl ihrer Mieter ausrichtet, läßt er den Geschäftsführer an seiner Stelle handeln. Er verletzt seine Informationspflicht gegenüber den Stadtverordneten über wichtige Angelegenheiten und verzichtet darauf, die Richtlinien der Geschäftspolitik der WHG durch die StVV bestimmen zu lassen.

2 Mit der Bestellung des Geschäftsführers Adam wurde ein Mann an die Spitze der WHG gestellt, der dem Kommunalrecht in der Arbeit der GmbH keinen Raum läßt, und für das Unternehmen Entscheidungen von großer Tragweite ohne demokratische Mitwirkung trifft. Seine Unabhängigkeit von seinen Geschäftspartnern steht in Zweifel.

3 Schon im März 2005 wurde (in einer Sondersitzung auf Antrag der Fraktion BKB/Freie Wähler) über Transparenz und Rechenschaftslegung beraten. Der Verkauf der Stadtwerke wurde 2006 kommunalrechtswidrig beschlossen und umgesetzt. Transparenz in kommunalen Unternehmen ist immer noch ein Fremdwort. Das unterstreicht auch die Ausschußsitzung und macht den Bedarf deutlich, die Rolle des Aufsichtsrates und der Gemeindevertretung bei kommunalen Gesellschaften klarzustellen und dazu Festlegungen zu treffen.

4 Der Abschluß eines neuen langfristigen Fernwärmelieferungsvertrages – vorbei an der Stadtverordnetenversammlung – ist ein grober Verstoß gegen die Kommunalverfassung § 97 (7), wo es heißt: »Die Vertreter der Gemeinde haben den Hauptverwaltungsbeamten über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Der Hauptausschuß beziehungsweise die Gemeindevertretung kann von dem Hauptverwaltungsbeamten jederzeit Auskunft verlangen. § 29 und § 54 Absatz 2 bleiben unberührt. Die Unterrichtungspflicht und das Auskunftsrecht

bestehen nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.« Und § 54 (2) der BbgKVerf. bestimmt: »Der Hauptverwaltungsbeamte hat die Gemeindevertretung beziehungsweise den Hauptausschuß über alle wichtigen Angelegenheiten rechtzeitig zu unterrichten. Dies gilt auch für die Maßnahmen im Bereich der Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und der Auftragsangelegenheiten.« Diese Unterrichtung ist im vorliegenden Fall nicht geschehen.

5 Die »Überprüfung des Fernwärmevertrages der WHG mit EWE« erfolgte erst auf nachhaltigen Druck der StVV und ist bewußt verschleppt worden, bis der neue Wärmeliefervertrag mit der WHG hinter dem Rücken der StVV abgeschlossen worden war.

6 Der Gesellschaftsvertrag der WHG bestimmt in § 2 (1): »Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Eberswalde mit Wohnraum zu sozial verträglichen Mieten.« Gemäß § 556 BGB (3) sind »die Vorauszahlungen für Betriebskosten ... jährlich abzurechnen; dabei ist der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu beachten.« Bezogen auf die Wärmeversorgung der Mieter mit Fernwärme wird diesen Grundsätzen nicht entsprochen. Die WHG behandelt die Fernwärme als durchlaufenden Posten und vertritt dabei nicht die Interessen ihrer Mieter.

7 Der Bürgermeister ist nach § 9 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages der WHG »geborenes Mitglied« des Aufsichtsrates und zugleich Aufsichtsratsvorsitzender lt. § 9 Absatz 3. Ferner ist der Bürgermeister alleiniger Gesellschaftsvertreter lt. § 97 (1) BbgKVerf: »Der Hauptverwaltungsbeamte vertritt die Gemeinde in der Gesellschafterversammlung...«. Nach § 7 (2) bestellt der Bürgermeister auch als alleiniger Gesellschaftsvertreter den Geschäftsführer der WHG. Mit diesen Regelungen erlangt der Bürgermeister eine Allmacht auf Kosten der Mitbestimmungsrechte der Stadtverordneten. Berichts- und Kontrollpflichten werden so zur Farce. Der Bürgermeister informiert und kontrolliert sich selbst. Informationen und Forderungen an den Bürgermeister laufen ins Leere. Durch die Stadtverordneten finden keine Kontrollen des Bürgermeisters als Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender statt.

Die neue syrische Opposition

Vor einem Jahr informierten wir über die »Revolution der Habenichtse« in der nordsyrischen Region Rojava (BBP 1/2015). Damals hatten die kurdischen Selbstverteidigungskräfte mehrere Monate dem Anrennen der IS-Truppen auf die Stadt Kobané, einem der Zentren von Rojava, widerstanden. Inzwischen geht es auf dem Weg zur Beendigung des syrischen Desasters, wenn auch langsam, voran. Der wichtigste Schritt dabei war in den letzten Monaten die Gründung der neuen Opposition.

Die im Oktober gegründete neue syrische Opposition nennt sich »Syrische Demokratische Kräfte« und strebt einen demokratischen syrischen Nationalstaat an, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen Syriens ihre legitimen Rechte in lokaler Selbstverwaltung verwirklichen können. Neben den kurdischen Selbstverteidigungskräften YPG gehören zur Allianz die Frauen-Volkswehr YPJ, die Gruppierung Burkan al-Furat, das vereinigte Kommando kurdischer Formationen und der Brigade der Revolutionäre von Rakka sowie der Assyrische Militärrat und einige andere Oppositionsgruppen. Darunter auch islamisch oder stammesstrukturell geprägte ehemalige FSA-Gruppen, die als »Syrische Arabische Koalition« lieber mit der YPG gegen IS kämpfen als andersherum.

»Angesichts der jüngsten Entwicklung auf dem militärischen und dem politischen Schauplatz tut eine nationale militärische Streitmacht not, in der Kurden, Araber, Assyrer und Vertreter anderer (ethnischer) Gruppen vereinigt sein sollen, die auf dem Territorium des Landes (Syrien) ansässig sind«, hieß es in der Gründungsmitteilung.

Bislang sind YPG und YPJ bei den »Syrischen Demokratischen Kräften« die mit Abstand stärkste Fraktion. Das könnte anders werden, wenn der Einfluß über das mehrheitlich kurdisch bewohnte Gebiet im Nordosten Syriens hinauswächst und sich der »Syrischen Arabischen Koalition« weitere Kräfte anschließen.

Das Bedeutsame dieser neuen Opposition besteht darin, daß sie sowohl von Rußland als auch von den USA unterstützt wird, und sie nicht gegen die syrische Armee, sondern gegen IS kämpft, und das, wie etwa im Sommer in der Stadt Hasakah mit Erfolg praktiziert, durchaus auch an der Seite der syrischen Armee.

Daß die neue syrische Opposition Rückendeckung durch Rußland hat, geht schon aus ihrer Genese hervor. Ebenso ist es spätestens seit der Schlacht um Kobané bekannt, daß auch die USA die YPG unterstützen. Nachdem die kostspieligen Versuche der USA scheiterten, ihre eigene Truppe »gemäßigter Oppositioneller« zum Kampf gegen den IS aufzubauen, sind die YPG die einzig verbliebene von den USA unterstützte Gruppe in Syrien, die die USA öffentlich vorzeigen können.

Nach der Gründung der »Syrischen Demokratischen Kräfte« haben die USA auch gleich nochmal ganz deutlich gemacht, wie sie zu der neuen syrischen Opposition stehen: US-Militärfieger warfen in der Provinz Hasakah umgehend 50 Tonnen Waffen für die »Syrische Arabische Koalition« ab, die Teil der »Syrischen Demokratischen Kräfte« sind, und US-Militärs ließen das dann umgehend über CNN die

Weltöffentlichkeit wissen. Ein deutliches Statement der Unterstützung.

Zugleich hat die USA ihre Unterstützung für die alte Opposition, die sogenannte Syrische Nationale Koalition (SNC), weitgehend eingestellt. Im Dezember erklärte US-Außenminister John Kerry bei der UNO-Hauptversammlung in New York öffentlich, die USA und Rußland seien sich einig darin, daß Syrien ein säkularer Staat bleiben soll. Säkularität ist ein wesentliches Kernprinzip der YPG, und damit natürlich auch der Syrischen Demokratischen Kräfte, steht aber im völligen Widerspruch zum von Muslimbrüdern und Salafisten aller Art dominierten SNC, deren stärkster Verbündeter die al-Nusra Front von Al Quaida ist.

Noch findet innerhalb der USA ein heftiger Machtkampf zur Nahoststrategie statt. Derzeit sieht es aber durchaus danach aus, daß sich Präsident Barak Obama mit seinem Umsatteln auf die »Syrischen Demokratischen Kräfte« durchsetzen kann. Seine Motivation könnte sein, daß er in seinem letzten Amtsjahr mit einem Erfolg in Syrien punkten will, um so zugleich einem demokratischen Präsidentschaftskandidaten den Rücken zu stärken.

Die Radikalisierung in der Türkei, wo Präsident Erdogan ein faschistisch-autokratisches Regime errichten will, und in Saudi-Arabien, wo die jüngsten Massenhinrichtungen zeigten, was von diesem Staat zu halten ist, mögen Reaktion auf das Umschwenken der US-Politik sein, werden aber Obamas neuen Weg eher stützen als schaden.

Sowohl die »Syrischen Demokratischen Kräfte« als auch die syrische Armee vermelden unterdessen einen militärischen Erfolg nach dem anderen. Und zunehmend gibt es auf lokaler Ebene auch Verhandlungslösungen.

Erstmals seit 4 Jahren scheint Syrien eine Chance zum Frieden zu bekommen.

G.M.

Quellen: nocheinparteibuch.wordpress.com, de.sputniknews.com, www.zeit.de

Erdogans Vorbild

»Schauen Sie auf Hitlers Deutschland«

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat das Deutschland der Hitler-Zeit als Beispiel für ein effektives präsidiales System bezeichnet. Auf die Frage, ob ein präsidiales Regierungssystem unter Beibehaltung der Einheit des Staates möglich sei, sagte Erdogan, daß es bereits solche Beispiele in der Welt gegeben habe.

»Sie können es sehen, wenn Sie auf Hitlers Deutschland schauen. Es gibt auch andere Beispiele in der Welt«, zitiert die Nachrichtenagentur Reuters den türkischen Präsidenten.

Quelle: de.sputniknews.com

Bildungsveranstaltung

»Die aktuelle geopolitische Situation«

Eberswalde (bbp). Die »Rotfuchs«-Leserinitiative traf sich bereits am 4. Januar zu ihrer ersten Bildungsveranstaltung im neuen Jahr. Zu Gast war Wolfgang Dockhorn, der stellvertretende Vorsitzende des Rotfuchs e.V. Berlin, der mit den Rotfuchs-Lesern, -Sympathisanten und Neugierigen über wichtige und aktuelle politische Fragen diskutierte. Die nächste Rotfuchs-Veranstaltung folgt am Montag, den 1. Februar zum Thema »Die aktuelle geopolitische Situation – Interessenskonflikte und Gefahren – Strategien zur Lösung der damit verbundenen Probleme«. Als Referent konnte Prof. Dr. Herbert Meißner, Mitglied der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, gewonnen werden. Beginn ist 16 Uhr, wieder im Raum 2.25 des Bürgerbildungszentrums »Amadeu Antonio« in der Eberswalder Puschkinstraße 13.

**Barnimer Bürgerpost
abonnieren!**

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Alles vergessen?

Das fragen sich viele Menschen in Deutschland, wenn sie den Fernsehapparat einschalten oder in der Zeitung lesen. Alle sind zur Schule gegangen und haben den Unterrichtsstoff durchgenommen. Das darf auch bei den Leuten in der Regierung vorausgesetzt werden. Aber einige von ihnen scheinen nichts, aber auch gar nichts, aus der Geschichte gelernt zu haben.

Derjenige, der das deutsche Volk damals in so eine verheerende Katastrophe geführt hatte, soll angeblich sehr krank gewesen sein. Aber die beiden Frauen, die heute die Regierung und die Armee anführen, sind doch wohl nicht so krank, daß sie in ärztliche Behandlung müßten. So sollte es den beiden Frauen in Berlin doch eigentlich nicht schwer fallen, nicht nochmal denselben Fehler zu machen.

Nach dem 2. Weltkrieg hatte es sich sehr schnell rumgesprochen in ganz Deutschland: lieber 10 Jahre nichts zu Weihnachten, aber bloß nicht mehr so ein Krieg.

Über 40 Jahre lang blieb uns der Frieden in Europa erhalten. Mit dem Ende der DDR endete auch diese Friedensperiode. Erst waren es ein paar Sanitätssoldaten, die abgestellt wurden, dann Unterstützungstruppen. Spätestens beim Jugoslawienkrieg gehörte die BRD zu Einpeitschern. Zur Begründung der Kriege wurde skrupellos gelogen.

Und heute wird nicht mal das mehr als nötig angesehen. Nicht einmal der Schein, man wolle das Völkerrecht respektieren, wird noch gewahrt.

NORBERT GLASKE

Ein Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes und seine Folgen

Nicht nur Altanschließer können hoffen

von JOHANNES MADEJA für Wasser in Bürgerhand (W!B)

Das Bundesverfassungsgericht ist die höchste richterliche Instanz in Deutschland. Seine Beschlüsse haben Gesetzeskraft, d. h. sie müssen in Gesetzen ihren Niederschlag finden. Es kommt vor, daß das Bundesverfassungsgericht Gesetze der Länder und auch des Bundes für gesetzwidrig erklärt. Die müssen dann korrigiert werden. Hier im folgenden geht es jetzt um den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 2015 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 zum Thema Beiträge für den Anschluß von Grundstücken an die Schmutzwasserkanalisation.

Nach dem Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG) galt bis zum Jahr 2004 folgende Regelung: Die Beitragspflicht entsteht, »sobald das Grundstück an die Einrichtung oder Anlage angeschlossen werden kann, frühestens jedoch mit dem Inkrafttreten der Satzung«. Ab 2004 sollte dann folgende Formulierung gelten: Die Beitragspflicht entsteht »frühestens ... mit dem Inkrafttreten einer rechtswirksamen Satzung«. Auf das Datum der Fertigstellung der Anlage sollte es plötzlich nicht mehr ankommen, nur noch auf das Vorhandensein einer »rechtswirksamen« Satzung.

Das hatte zur Folge, daß ein Aufgabenträger, der nach langer Zeit noch Beitragsbescheide für alte Anschlüsse erstellen wollte, nur feststellen mußte, daß seine bisherige Satzung rechtsfehlerhaft, also ungültig war. Er gab sich flugs eine neue, nun rechtskonforme Satzung und schon war es möglich, auch für lange zurückliegende Anschlüsse Beitragsbescheide auszufertigen.

Der Brandenburgische Landtag hatte den Aufgabenträgern 15 Jahre nach Fertigstellung des Anschlusses + 10 Jahre sog. Hemmung, also seit 1990 insgesamt 25 Jahre zugestanden. Für einen z.B. im Jahr 2005 hergestellten Anschluß hätte danach noch im Jahr 2020 ein Beitragsbescheid erstellt werden können.

Nicht nur Bürgerinitiativen sondern auch namhafte Juristen und sogar Vorsteher von Zweckverbänden hatten Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Regelung geäußert und eine gerichtliche Überprüfung gefordert. Die Landesregierung, insbesondere in der Person des damaligen Innenministers Dr. Woitke, hat diese Forderungen ignoriert. Das hat ihr nicht geholfen! Mit dem o.g. Beschluß hat das Bundesverfassungsgericht die Neufassung des KAG nun für gesetzwidrig erklärt und festgestellt, daß damit die Bürger in ihren Rechten verletzt wurden. Besonders wurde der fehlende Vertrauensschutz gerügt.

Der Beschluß hat weitreichende Folgen. Die entsprechenden (Fehl-)Urteile und Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts Brandenburg wurden aufgehoben und in der Sache an dieses zurückverwiesen. Das wird nun nicht umhin können, die Neufassung des KAG in diesem Punkt (§ 8 Abs. 7 Satz 2) außer Kraft zu setzen und dafür zu sorgen, daß das Land Brandenburg sich ein KAG gibt, das nun rechtskonform ist. Weitere Folgen: alle Bescheide auf der Grundlage des rechtsfehlerhaften KAG sind aufzuheben. Die Anschlußnehmer müssen keine Beiträge entrichten.



Foto: BERND MARKMANN

Doch damit nicht genug: Diejenigen, die ihren Bescheiden widersprochen und gar dagegen geklagt hatten und – etwa auf Anraten eines Anwalts – trotzdem gezahlt hatten, müssen nun ihr Geld einschließlich Aufwendungen und auch Zinsen zurückbekommen.

Auch wer gezahlt hat ohne zu klagen ist nicht chancenlos. Zwar hat er durch die Zahlung den rechtswidrigen Bescheid rechtskräftig werden lassen – das erschwert jetzt die Angelegenheit. Als Empfänger eines Bescheides einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (z.B. Zweckverband) oder gar einer Behörde (z.B. Amtsverwaltung) durfte er jedoch darauf vertrauen, daß der Bescheid rechtskonform, d.h. rechtlich nicht anfechtbar ist. Wenn die Prüfung des Bescheides nun ergibt, daß der Bescheid rechtswidrig war, dann besteht durchaus die Chance, daß der Bescheid nun vom Verwaltungsgericht aufgehoben wird und dann wird eine Schadenersatzklage fällig, was leider mit zusätzlichem Aufwand verbunden ist, aber durchaus Erfolg verspricht.

Für die Landesregierung und die Aufgabenträger hat der Beschluß natürlich auch Folgen: Statt erhoffter weiterer Einnahmen in Millionenhöhe werden nun Rückzahlungen, ebenfalls in Millionenhöhe fällig. Deshalb wird ein allgemeines Wehklagen anheben, weil nun »geplant« Geld für Investitionen fehlt. Dabei geht es gar nicht so sehr um Investitionen, sondern viel mehr um Geld für die Bedienung von

Schulden in Form von Zinsen und Tilgungsraten an die Gläubigerbanken. Damit fallen die von ihr selbst initiierten Investitions-Fehlentscheidungen und Überdimensionierungen jetzt der Landesregierung »auf's Bein«!

Nach Bekanntwerden des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts wurde dieser mehrfach überschwenglich als »Sieg des Rechtsstaats« bezeichnet. Das ist nicht ganz falsch!

Hier gebe ich jedoch zu bedenken, daß dieser »Rechtsstaat« von den Klägerinnen einen Marathonlauf durch drei Instanzen gefordert hat, um dann erst in der vierten Instanz festzustellen, daß die drei Vorinstanzen Unrecht gesprochen haben. Diejenigen, die es nicht bis zur höchsten Instanz geschafft haben – aus welchen Gründen auch immer – haben bis heute das ihnen angetane Unrecht erdulden müssen. Und das in einem »Rechtsstaat«?

Ich gebe weiterhin zu bedenken, daß es die Fraktionen aller sog. etablierten Parteien im Brandenburgischen Landtag waren, die einen Antrag der BVB/ Freien Wähler auf sofortige Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse unisono abgelehnt haben. Es hieß, man müsse das Urteil erst prüfen, was nichts anderes heißt, als die Wiederherstellung rechtskonformer Verhältnisse auf die lange Bank zu schieben. Für mich ist das kein Sieg, sondern – zurückhaltend ausgedrückt – eine Blamage für einen Rechtsstaat, der sich damit selbst in Frage gestellt hat.

Vor diesem Hintergrund ist der »Handlungsauftrag an die Landesregierung« des Initiativnetzwerkes Wasser nur dick zu unterstreichen, zumal dieser Auftrag nur Forderungen enthält, die in Auswertung des Verfassungsgerichtsbeschlusses nichts weiter sind als Selbstverständlichkeiten!

Abschließend soll noch einmal deutlich gesagt werden: Der Beschluß betrifft nicht nur die sogenannten Altanschließer! Es geht um alle Anschlüsse, sowohl für Trinkwasser als auch für Abwasser, für die Beiträge erhoben wurden, obwohl wegen fehlender oder ungültiger Satzung die Beitragspflicht gar nicht entstanden war! Zukünftig gilt (wieder) die vierjährige Verjährungsfrist nach Inbetriebnahme! Wenn es nach vier Jahren immer noch keine gültige Satzung gibt, dann gibt's kein Geld mehr, auch nicht mit einer neuen, rückwirkenden Satzung!

Daraus ergibt sich, daß das neue Jahr 2016 für uns ein sehr arbeitsreiches Jahr werden wird. Ich wünsche uns, daß es uns gelingen möge, die Früchte unserer Arbeit zu ernten.

Erste Erkenntnisse für Quartierskonzept

Wärmelieferant EWE erforscht »zukunftsfähige Wärmeversorgung für Innenstadt«

Seit fünf Monaten untersucht der regionale Energiedienstleister EWE Möglichkeiten für eine zukunftsfähige Wärmeversorgung in der Eberswalder Innenstadt (vgl. BBP 8/2015). Am 17. Dezember stellte EWE-Projektleiter Dr. Oliver Ruch in Eberswalde einen Zwischenbericht vor.

Das Vorhaben soll bis Herbst 2016 Erkenntnisse für ein ganzheitliches Wärmekonzept und insgesamt eine energetische Optimierung in vier unterschiedlichen Stadtquartieren liefern. Ziel sei es, Eberswalde umweltfreundlich, technisch modern und dennoch vor allem bezahlbar mit Wärme zu versorgen.

Projektpartner sind die Stadt Eberswalde, das Büro für Kommunalberatung und Projektsteuerung, die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, die Technische Hochschule Wildau sowie die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU). Eingebunden ist das Vorhaben in das Forschungsprojekt »Wärme neu gedacht« des Deutschen GeoForschungsZentrums Potsdam.

»Der Zwischenbericht zeigt, daß noch viel Potenzial für Energieeinsparungen und Umweltschutz in der Wärmeversorgung der Stadt Eberswalde steckt«, so Dr. Oliver Ruch. So kämen Erneuerbare Energien bei der Wärmeversorgung bisher kaum zum Einsatz. In bereits sanierten Objekten werde in den nächsten Jahren kaum mit weiteren Investitionen in moderne Wärmetechnologien zu rechnen sein. »Um Synergien in der Wärmeversorgung zu nutzen, sparsamer und umweltfreundlicher zu werden, ist aus unserer Sicht ein Zusammenfügen von Gebäuden, Gebäudekomplexen oder ganzen Straßenzügen empfeh-

lenswert. Dabei gilt es, die vorhandene Infrastruktur zu nutzen und energetisch zu optimieren«, so der EWE-Projektleiter weiter.

Im nächsten Schritt wird die BTU technische Möglichkeiten von nachhaltigen und modernen Wärmelösungen und deren Akzeptanz in der Bevölkerung, bei Handel, Gewerbe und Verwaltung untersuchen. Dafür wird die Hochschule im Februar eine Befragung in den Quartieren durchführen. »Über ein rege Beteiligung der Bürger an der Umfrage würden wir uns sehr freuen«, appelliert Dr. Oliver Ruch an die Eberswalder. Nur mit Antworten, die die überwiegende Meinung der Quartiersbevölkerung repräsentiert, könne die Hochschule aussagekräftige Ergebnisse liefern.

Insgesamt zahle das Forschungsengagement des Energiedienstleisters EWE maßgeblich auf das integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Eberswalde ein. »Wir stellen uns damit den aktuellen Fragen einer nachhaltig gesicherten Energieversorgung und wollen so einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten«, so Silke Leuschner, Leiterin des Stadtentwicklungsamtes. EWE zufolge sei die Energiewende zwar in aller Munde, gemeint sei damit aber meist der Umstieg von Atomenergie oder Kohlestrom auf erneuerbare Energien. »Doch der größte Teil an Energie in privaten Haushalten wird gar nicht für Strom aufgewendet, sondern für die Erzeugung von Wärme. Viel mehr als eine Stromwende brauchen wir eine Wärmewende, die sogar preiswerter zu haben ist als beim Strom«, ergänzt Dr. Oliver Ruch. Erst über die Wärme könne die Energiewende gelingen und bezahlbar bleiben. Und dafür will EWE seinen Beitrag leisten.

NADINE AURAS

2. Winterlauf »An der Drenitzwiese«

Sonnabend, 23. Januar 2016, 10 Uhr · Eberswalder Sportclub (Sporthalle Schorfheidestr. 30)
Start: Spechthausener Str. / An der Barnimer Heide (www.ziel-zeit.de/Anmeldeportal)
Strecken: 12 / 8 / 4 und 2 km, 4 km Nordic Walking Rundkurse.

KLAUS STEINHÄUSER

Widerstände gegen Tankstellenneubau

Eberswalde (bbp). Nach 1990 schossen in Eberswalde die Tankstellen nur so aus dem Boden. Eine Folge des damaligen Autobooms und des vorherigen Mangels an Zapfstellen. Doch bald kehrte sich der Prozeß um und es überwogen die Schließungen. Es verblieben sieben Tankstellen in Eberswalde, davon nur eine in der Westhälfte der Stadt. Auch wenn es keine Sprit-Engpässe gibt und niemand von langen Schlangen vor den Zapfsäulen berichtet, soll es derzeit einen Interessenten aus Sachsen geben, der im Bereich der Spechthausener Kreuzung eine neue Tankstelle errichten will.

Für eine Bebauung des Bereichs gab es bereits in den vergangenen Jahren Interessenten, deren Ansinnen, hier Einrichtungen mit großflächigem Einzelhandel zu errichten, jedoch dem städteplanerischen Ziel des Erhalts

der dort befindlichen Grünflächen, einschließlich des Friedhofs Eisenspalterei, widersprach. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß daher im Jahr 2007 für diesen Bereich die Aufstellung eines Bebauungsplans mit dem Ziel der Entwicklung eines eingeschränkten Gewerbegebietes bei Erhalt des wertvollen Baumbestandes. Inzwischen soll sich der Interessent, verlautete aus gewöhnlich gut informierten Kreisen, von seinen Plänen verabschiedet haben. Ob der potentielle Investor gegebenenfalls auf der gegenüberliegenden Brachfläche neben dem Getränkehandel, einen neuen Versuch startet, ist nicht bekannt. Von dem einst an dieser Stelle geplanten Möbelmarkt ist schon lange keine Rede mehr. Insofern dürften hier die Widerstände gegen einen Tankstellenneubau erheblich geringer ausfallen.

1 Mio für Wärmeforschung

Eberswalde (bbp). Bereits 2009 hat das Eberswalder Ingenieurbüro Dieme gemeinsam mit EWE, dem Landkreis Barnim und der Stadtverwaltung Eberswalde sieben Quartiere in der Stadt für eine gemeinsame Wärmeversorgung untersucht und entsprechend ausgewiesen. Dabei wurden auch Stadtteile von Finow mit berücksichtigt. Praktische Auswirkungen gab es damals nicht. Nun wird das Rad vom Grunde her neu erfunden. Die aktuellen Forschungen zur zukunftsfähigen Wärmeversorgung in der Eberswalder Innenstadt sind Bestandteil des Forschungsprojekts »Wärme neu gedacht«, das für 24 Monate mit 1 Millionen Euro durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Programm »Zwanzig20 Partnerschaft für Innovation« gefördert.

Angebot wird erläutert

Eberswalde (bbp). Mit »Informationen zum Angebot des Bundes zur Übernahme des Finowkanals« warten am 11. Januar, um 18 Uhr, im Bürgerbildungszentrum »Amadeu Antonio« in der Puschkinstraße 13 der Vorsitzende der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal und Bürgermeister von Eberswalde FRIEDHELM BOGINSKI, der Eberswalder Wirtschaftsamtsleiter Dr. JAN KÖNIG und KAG-Geschäftsführer VOLKMAR RITTER auf.

»Vor dem Hintergrund der Fokussierung des Bundes auf Wasserstraßen mit ausschließlicher Bedeutung für den Güterverkehr«, heißt es in der Einladung, »war die Zukunft des Finowkanals lange unsicher. Durch den Einsatz der Region ist es gelungen, daß der Bund eine Übergabe des Finowkanals in die kommunale Verantwortung erwägt. Für die Übernahme hat er ein finanzielles Angebot unterbreitet, welches die Region bei der Übernahme der Verantwortung unterstützen soll.« Dieses Angebot soll auf der Veranstaltung näher erläutert werden.

Wertegemeinschaft

Deutsche Sprache und deutsche Begriffe, wer kann die verstehen? Wer hat sich die erdacht? Was bedeutet »Wertegemeinschaft«?

In Deutschland gibt es immer noch mehrere Millionen Arbeitslose und schlecht bezahlte Arbeiter mit in Armut lebenden Kindern; junge Menschen, die sich ein Studium finanziell nicht leisten können; Menschen, die wegen Mietschulden, gleich aus welchem Grund, ob Krankheit oder der Verlust des Arbeitsplatzes, zwangsweise aus der Wohnung gesetzt werden. Etwa 40.000 Obdachlose, die täglich mit ihren Schlafsäcken irgendwo einen trockenen Schlafplatz suchen. Ich weiß nicht, was noch alles zu bedenken wäre. Aber mir reicht schon, wenn ich feststelle, daß diese Gesellschaft alles andere als eine Wertegemeinschaft sein kann. Und diese Werte werden sogar am Hindukusch verteidigt! Sagt mal, wie blöd man sein muß, um das zu begreifen? ELISABETH MONSING

Das in der jüngeren Vergangenheit international immer mehr um sich greifende Mittel der Militarisierung hat dazu geführt, daß heutige Gesellschaften zunehmend gefährdeter, verlustbedrohter und kriegsgefährdeter erscheinen. Die Sicherheitsrisiken, die sich mittlerweile auf der Entscheidungsebene der Großstaaten und Bündnisse ergeben, mögen auch auf Fehlrechnungen der jeweils dominanten Sicherheitseliten zurückgehen und noch verschärfend in einseitig militärisch charakterisierte internationale Machtausinandersetzungen hineinwirken.

Je überzeugender die militärischen Facheliten auch aufgrund technologischer Fortentwicklung voraussagen können, welche Mächte sich auf welcher Seite aufstellen werden, welche Machtmittel insgesamt und wo vereinigt sein können, um so überzeugender können diese Eliten den Ausgang eines solchen Krieges vorhersagen (1854 Palmerstone, Clarendon, 1914 Moltke/Jagow, 1940 Blomberg, v.Brauchitsch).

Aber warum soll gekämpft werden? Die Aschwächere Seite will nicht, wie stärkere muß nicht kämpfen. Der Kompromiß, Schachmatt oder Kapitulation. Der Weg zum Krieg, in den Erwägungen der Führungseliten absteigender Mächte, kann sich in folgenden Schritten vollziehen:

1. Bewußtwerden nachlassender industrieller Fähigkeiten, (1854, 1914, 1991/2014), Erfahrung des Nachlassens der Kräfte in Bezug auf die eigene Einflußsphäre (1991ff.),
3. Verstärken von Bündnisverpflichtungen (1854, 1912/13, 2014),
4. Verstärken der militärischen Rüstung (1851/54, 1913/14, 2010ff.),
5. Zunehmende Verwicklung in militärische Auseinandersetzungen (1848ff., 1991ff.),
6. Fortsetzung dieser Entwicklung, mit Zielrichtung auf den allgemeinen Krieg (1852ff., 1911/14, 2013).

Wie 1980, könnte die Wissenschaft heute die Antwort auf die Frage geben, wie lange solche sich mehr und mehr autistisch verhaltenden Mächte und Machtblöcke im Bewußtsein des Abschwunges ihrer Entwicklung zögern werden, mehr und mehr in Bedrängnis gebracht und durch Aufrüstung unter Druck gesetzt, zum Mittel des Krieges zu greifen. Heute handelt es sich um Rußland UND die USA.

Dazu kann die sorgfältige Analyse der wirtschaftlichen, industriellen sowie der damit zusammenhängenden Kriterien verhelfen.

Auch für die Jahre vor 1870 fördert das ein Spektrum der »jungen Mächte« zutage, die geeignet schienen, die Seniorstaaten zu verdrängen. In den modernen Kriegen mehr als in den vorausgegangenen Jahrhunderten zeigt der Umfang des militärisch-finanziellen Engagements des Siegers rund um die Erde den Grad der großmächtigen Potenz dieser Macht im Aufstieg auf den Gipfel oder deren Abstieg.

12 In unseren Tagen treten in diesem Zusammenhang verstärkt die USA in den Fokus

1854 – 1914 – 2014 (Teil 4):

EU als Hauptfeind der USA

von Dr. Bernd F. Schulte

Absteigende Weltmächte kompensieren ihren Machtverlust durch zunehmende Aggressivität. Diesen Weg beschritt im Jahre 1914 auch das Deutsche Reich. Unser Autor beleuchtete dabei die Kontinuität in Sachen Ostexpansion vom Krimkrieg 1854 über die beiden Weltkriege hinweg bis in die heutige Zeit.

des Interesses. Ein Ermüdungsprozeß der bisherigen Supermacht ist unverkennbar zwischen Korea, Berlin, Kuba, Vietnam, Persien einerseits und Kuwait, Irak, Afghanistan andererseits. Heute sind hinzugetreten: Nordafrika und Ägypten bis Syrien und Krim/Ukraine.

Mittlerweile sind die zeitgeschichtlichen Entwicklungen über die Grundfragen der 80iger Jahre hinaus fortgeschritten. Dazu diente die Analyse von Militärausgaben und quantitativer Stärke der Armeen, das berühmte »Panzerzählen« der Friedensforschungsinstitute. Eine mehr oder minder arg überschätzte Einrichtung, ging es doch auf diesen ertragreichen Feldern nicht so sehr um »Friedens-«, als vielmehr Kriegsforschung. Leitvektoren der Analyse bildeten unter anderem für die Zeit zwischen 1816 und 1970/80 die Eisen- und Stahlproduktion sowie der industrielle Energieverbrauch. Die »jungen Mächte« waren ein zentrales Ergebnis dieser Analysen. Ob dies nun für Preußen, Frankreich und Sardinien-Piemont um 1850 zutrifft oder für Deutschland und Japan in den 30iger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Es ging und geht um die Verdrängung der Senior-Staaten. Die Parameter des Umfanges der Initiativen, Investitionen und des räumlichen Engagements nach erfolgreichen Kriegen sollte zeigen, ob der betreffende Sieger-Großstaat sich noch im Zustand des Aufstieges oder bereits des Niederganges befand (befindet). Es ging 1850/1914 (zaristisches Rußland), und geht heute (1991/2014), um die Bestimmung des Momentes, in dem ein Nachlassen der Befähigung einer der Haupt- und Vormächte (UdSSR 1978-82/ Rußland 2014) gegeben ist, maßgebenden Einfluß auszuüben, wenn

a) diese in eine zunehmende Zahl militärischer Auseinandersetzungen verwickelt wird, wobei ein bloßer clash wohl kaum dazu führen wird, bis an den Rand eines Krieges zu gehen; allerdings könnte dieser Punkt überschritten werden, wenn eine Mobilmachung, ein Aufmarsch militärischer Kräfte, Gewaltanwendung oder Kampfhandlungen einträten (Krim, Donezk 2014/15); für die Beherrschbarkeit solcher Eskalationen mögen für Rußland 1953, 1956, 1967, 1968 sprechen

b) derartige militarisierte Streitigkeiten sich öfter innerhalb oder an den Rändern von Einflußzonen bündnispolitischer Nachkriegsbildungen finden als außerhalb derselben

c) die Ergebnisse derartiger Entwicklungen sich von Mal zu Mal ernüchternder gestalten (für die USA: 1952/53 Korea, 1956 Suez, 1958

Berlin, 1962 Kuba, 1978 Persien, 1963-1975 Vietnam; heute: Kuwait, Irak, Afghanistan, Syrien/IS-Mossul).

Es ist zu erkennen, wie brisant sich die Lage inzwischen gestaltet. So muß die Politik der USA daraufhin untersucht werden, ob infolge vermehrter Rüstung das innenpolitische Prestige absinkt, dementsprechend gemäßigte Lösungen an Attraktivität verlieren und einer zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik Raum gegeben wird. Empirisch gefragt, bleibt zu klären, ob zunehmende Bündnisverpflichtungen verstärkte militärische Mobilmachungen zur Folge haben.

Vor dem Hintergrund dieser nunmehr ebenfalls labilen Machtlage der USA und der aus der inferioren Machtposition Rußlands hervorgehenden Offensive mit begrenztem Ziel im Donezbecken ergeben sich neue Gefährdungspotentiale. Denn die Konfliktpartner erscheinen beide angeschlagen und zu sämtlichen hier aufgezeigten Fehlreaktionen fähig. Ob es nun sinnfälliger wäre, ähnlich wie in den Jahren 1853 bis 55 zwischen England, Österreich, Preußen und Frankreich mit Rußland durchgeführt, in extenso und in Kontinuität zu verhandeln, führt wohl damals wie heute nicht zu dem Ergebnis, den beiderseits noch verführerischen kriegerischen Konflikt zu vermeiden.

Zu dem Ziel, dem Urteil der Geschichte, zu gelangen, mögen folgende Fragen führen:

- Wie regelmäßig beginnt sich eine Nachkriegshierarchie aufzulösen?
- Wie schnell, wie weitgehend geschieht das?
- Erkennen nationale Sicherheits-Eliten die sich verändernden Macht- und Einflußkonfigurationen; wie frühzeitig vollzieht sich das?
- Erkennen diese die Realität oder über- oder unterschätzen sie diese?
- Antworten diese, wie hypnotisiert, mit der Verstärkung ihrer Bündnis- und Militärverpflichtungen oder konzentrieren sich diese auf die Verstärkung der Armee – oder beides?

Falls die Neigung absinkender Mächte zu militarisierter und weniger einfallreicher Außenpolitik geringere Erfolgsraten in Auseinandersetzungen hervorbringt, wird der Selbstbestätigungsprozeß verstärkt und lassen schließlich derartige Erfahrungen solche Mächte kriegsbereiter werden als die historische Erfahrung uns vermuten ließe?

Weiterhin steht die Frage nach dem Prozeß im Raum, durch welchen die Nationen fortfahren, das Wüten des Krieges denjenigen aufzuladen, die von ihnen Frieden erwarten. Ursache und Anlaß für diese Überlegungen war die

Beobachtung, daß zwischen 1960 und 1980 sowohl die UdSSR als auch die USA sich mit einem äußerst zwiespältigen Absinken ihrer Befähigung konfrontiert sahen, internationale Ereignisse zu beeinflussen und zu kontrollieren. Eine betonte Zunahme der Militarisation der Außenpolitiken und die stetige Zunahme der Militäraufwendungen waren festzustellen. Es stand 1983/84 die Frage, ob die Sorge vor den Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Menschheit im Vordergrund stand oder eher das Abklopfen der Machtbasis der UdSSR auf mögliche kriegerische Lösungen in Zentraleuropa.

Diese Frage wird heute, im Angesicht von Krim- und Donzkrise, neu gestellt. Daß es um eine mögliche Konfrontation zwischen den beiden Systemen geht und daß der Gedanke an die Vergleichsfälle 1852-54 und 1914 »die kriegerische Frivolität alternder Reiche« in jenen Jahren leitend waren, überrascht den Beobachter aus Deutschland weder damals noch heute.

Ist doch die Erkenntnis des Jahres 1989 keinesfalls eine das Bündnispolitische Vertrauen stärkende. Europa ist inzwischen aufgebrochen, selbst Weltmacht zu werden. Und die USA haben sich entschieden, dies zu verhindern. Ein Riß geht dementsprechend durch die NATO. Provoziert letztendlich durch eine abgesetzte US-Außenpolitik gegenüber Rest-Rußland, das von Washington nicht mehr als Machtfaktor von bemerkenswerter Wertigkeit anerkannt wird. Entscheidend für alles, was folgt, mag sein, daß die USA – ähnlich wie England im Herbst 1853 – einseitig entschieden hat, die Machtpräsenz Rußlands endgültig entscheidend zu mindern. Und das in Fortsetzung der Schläge, die dieses 1991ff. erlitten hat. Die Gegenbewegungen Rußlands sind in dieser Rechnung zu vernachlässigen.

Gleichzeitig erfüllt diese besondere Aggressivität in der US-Außenpolitik eine weitere Bedingung für den heißen Konflikt, nämlich wird westlicherseits seit 1991 auf die EU-Politik der Ausdehnung nach Osten »draufgesetzt«. Damit aber zieht die EU – veranlaßt durch US-amerikanisches Vorgehen – jene Schläge (lokalisierter konventioneller Krieg in Europa) auf sich, die sich dadurch ergeben, daß Rußland lediglich die EU, nicht aber die USA in der Ukraine treffen kann. Die USA wird möglicherweise dem expansionistischen Ziel England/Preußens 1854 und Deutschlands 1914 folgen. Mögen also die Generäle in Moskau auf die Frage – »was können wir gegen die USA tun(?)« – dasselbe geantwortet haben, wie Moltke in der Krisenkonferenz vom Juni 1909: »wir können (lediglich) einen Krieg mit der Ukraine vom Zaun brechen – mehr aber nicht«.

Alles Reden und Unterhandeln, also alle Politologie in der Geschichte in being (Steinmeier) wird, so traurig das ist, nicht weiterhelfen, wenn der Krieg im Vorhinein beschlossen ist, wie von England im Herbst 1853 auf Schloß Windsor, und in Deutschland vor 1914.

Stolz auf das Geschaffene

Es ist Tradition bei den Müllerinnen und Müllern in der Zainhammer Mühle, immer nach dem WeihnachtsKUNSTmarkt Bilanz über das vergangene Jahr zu ziehen. In diesem Jahr kam fast Feierstimmung auf, denn pünktlich zur Mitgliederversammlung lag die Bestätigung des städtischen Bauamtes auf dem Tisch, daß das Bauvorhaben »Sanierung und Umnutzung Zainhammermühle« abgeschlossen ist. Die restlichen Verschönerungsarbeiten werden dann ab Frühjahr 2016 durch die Vereinsmitglieder durchgeführt. Ein herzliches Dankeschön an alle Sponsoren, Unterstützer und fleißigen Bauleute auch aus den Reihen der Mühlenmitglieder, ohne die dieses Vorhaben heute noch nicht beendet wäre!



Foto: Judith Jacob

Trotz Bauarbeiten war es auch 2015 nie wirklich ruhig in der Mühle geworden! Der große Besucherzuspruch im Frühjahr und Sommer anlässlich des Bürgermeisterempfangs und der Straße der Mühlenkünstler am Pfingstmontag zum Deutschen Mühltentag und die positiven Äußerungen der Besucher waren noch einmal eine große Ermutigung für den Endspurt der Bauarbeiten in der Mühle.

Und auch die Kunstaktionen wie der Graffiti Workshop und die Führung zur Geschichte der Mühle im Rahmen der 1. Eberswalder Familienwoche, die Schnitz- und Filzkurse, die 107. Gemeinschaftsausstellung »Licht am Ende des Tunnels«, die Lesung von Stephanie Turner, der Malerin vom Jacobsweg und die Tanzveranstaltung mit der Band Mr. Serologe waren gut besuchte Veranstaltungen auf der Baustelle Mühle. Der Höhepunkt war dann aber der 15. WeihnachtsKUNSTmarkt in der neu eröffneten Mühle, zu dem fast 1.000 Besucher kamen, die mit einer Treppengeldspende von insgesamt 1.600 Euro ihrer Freude am Weiterbestehen der Kunstmühle Ausdruck verliehen.

Am 1. Mai 2016 startet dann der »Sommer in der Mühle 2016«. Es ist das Jahr des 25jährigen Bestehens des Kunstvereins. Viele Ideen wurden zusammen getragen. Beginnen soll es nach

der Eröffnung der 108. Ausstellung mit einer großen Dankeschönveranstaltung für die Sponsoren und Bauleute. Das soll dann auch die Auftaktveranstaltung für eine auf der Kleinkunstbühne unter dem Dach zu entwickelnden Veranstaltungsreihe mit Musik- und Theaterveranstaltungen sein.

Die Zahl der angebotenen Workshops in der Mühle wird sich deutlich erhöhen. Neben Holzbildhauer-, Möbelbau- und Filzkursen soll es auch Clownworkshops, energetisches Töpfern und einen Tangogrundkurs in der Mühle geben. Zur 2. Eberswalder Familienwoche bieten die Mühlenkünstler Malkurse, Klassische Drucktechniken; Filzen, einen Clownworkshop, Geschichtsführungen durch die Mühle und den bereits bewährten Graffitiworkshop an. Gedacht ist auch an Kunstaktionen mit Geflüchteten. Außerdem soll der Backofen im Mühlgarten regelmäßig angeheizt werden und Gäste und auch neue Dauerbackinteressierte sind dann herzlich willkommen.

Im Frühjahr wird es zu allen Veranstaltungen den Sommerplan geben. Wer Lust hat, zum Gelingen der geplanten Veranstaltungen mit beizutragen oder auch Mühlenmitglied werden möchte, melde sich bitte unter 03334/289580.

VERONIKA BRODMANN

Träume der Roten Oma

Wenn es doch einen »lieben Gott« gäbe, der die Rüstungsbosse, Waffenhändler und Kriegstreiber in die Hölle jagen würde.

Dort könnten sie sich gegenseitig die breiten Hinterteile versengen und feuern bis zum geht nicht mehr! Ursula würde vor Begeisterung ins Feuer springen.

Und die nächste Weihnacht würde schon friedlicher sein.

ELISABETH MONSING

Raab in Rente...

Millionen Deutsche rufen jauchzend: ENDLICH! Das fröhliche, erlösende Stöhnen wurde an der Küste wahrgenommen und in den Alpentälern gehört, es frohlockte der Sorbe im Osten, und der Saarländer tat es ihm gleich. Selten hat eine Nachricht wie diese die Nation so beglückt: Stefan Raab zieht sich nach Jahrzehnten öffentlich praktizierter Ferkelei, nach aberhunderten »Humor«-Sendungen voller Geschmacklosigkeiten, nach mehr oder weniger geglückten Versuchen, Dummheit und geistige Anspruchslosigkeit unter die Massen zu bringen, ins Privatleben zurück, wo er, mit Gottes Hilfe, auch bleiben möge. Ein früheres Abdanken, was sich der eine und andere gewünscht hätte etwa als Finale in einem der irrwitzigen Kampfsportauftritte »Schlag den Raab«, fand – leider – nicht statt, der Mann hielt zäh an seinem Sendeauftrag fest trotz derber Niederlagen und wegen der Quote, der Götzin aller Shows.

Nicht zu vergessen – er, der die deutsche Sprache um die Wörter »Pulleralarm« und »Pupnase« bereichert hat, wurde auserkoren, in einem Wahlkampfduell der damaligen Spitzenkandidaten den Befragter zu mimen, auf Wunsch der teilnehmenden Dame, hieß es. *Potz Moschendroodzawn und hadevadedudedei...*

Ich gestehe, daß ich mehrmals, quasi im Selbstversuch, seine Sachen beguckt habe. Unter Zügelung aller meiner Vorurteile. Das ging ein paar Minuten gut, dann kam der Magen zu seinem Recht, Würgereiz stellte sich ein wie bei einem Dschungelcampteilnehmer vor dem Würmerfressen. Raab hatte gerade einen Fetischisten am Wickel, der Damenschlüpfer sammelte, ein an und für sich nicht uninteressantes Hobby. Hier war aber von vollgepinkelten und noch ärger beschmutzten Exemplaren die Rede, die der arme Hund katalogisiert in Kartons aufbewahrt. Ein andermal trat der König von Mallorca auf und referierte über die »Nippel« seiner Frau.

Mal fing ich an, die Wortwahl des mit dem Comedian-Preis dekorierten Showmasters genauer anzusehen. Es strotzte von »echtcoolsupergeil« und »geilsupercoolecht«, und nach jedem zweiten Halbsatz pflanzte er ein barsches »Oder!«

Heimlich bitte ich Heinz Quermann posthum um Gnade. Für mich war er seinerzeit ein banaler Dampfplauderer. Verglichen mit Raab aber ein Genie.

Dr. STEFFEN PELTSCH

www.bar-blog.de

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur. »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Multikulturelles Adventfest

Den Gedanken einer schönen Kennenlern-Begegnung mit den zugereisten Menschen aus dem Übergangwohnheim hatten die Mitglieder des Joachimsthaler Tauschrings schon seit längerer Zeit. Durch die monatelange ehrenamtliche Arbeit einiger von ihnen als Teil der Joachimsthaler Willkommensgruppe – sie geben Deutschunterricht und leiten Kindergruppen im Haus Leipzig – ließ sich diese Idee am 20. Dezember wunderbar verwirklichen.

Das Multikulturelle Adventfest fand am vierten Adventssonntag im Mehrgenerationenhaus am Joachimsthaler Platz statt. Einladungen wurden gedruckt, einheimische und fremde Gäste eingeladen, ein Kulturprogramm mit viel Spaß einstudiert, dekoriert, sowie emsig gekocht und gebrutzelt, um eine große Vielfalt an internationalen Gerichten anzubieten. Jürgen Sievert holte unsere Gäste mit dem Bus ab und wir staunten nicht schlecht, als auch sie mit großen Mengen an wohlduftenden Speisen aufwarteten.

Nach einem besinnlichen musikalischen Auftakt mit Querflöte & Keyboard, dargeboten durch die Geschwister Gabriele und Christoph, hielt Zdenka Born eine kurze Rede und bedankte sich bei allen, die geholfen haben, diese Idee zu verwirklichen. Auch Beatrix Spreng, Pfarrerin und Initiatorin der Joachimsthaler Willkommensgruppe, die unsere Aktion maßgeblich unterstützte, und Claus-Dieter Schulze als Vertreter des Kommunität Grimnitz e.V. gesellten sich hinzu. Am Buffet erfreuten wir uns gemeinsam an den leckeren Köstlichkeiten.



FOTO: PETER SPANGENBERG

Als orientalische Klänge von der CD erklangen, standen einige Männer spontan auf und führten uns ihre mitreißenden Tänze vor. Die Frauen stimmten mit Zhagareet (traditionelles gutturales Trällern) fröhlich ein. Und die Kinder konnten es nicht erwarten, allen zu zeigen, was sie beim Trommelkurs gelernt haben. Sie brachten verschiedene Rhythmen, mit denen sie zuhause aufgewachsen sind. Eine Schleiertanz-Darbietung von Zdenka Born, ein Trommelsolo und das Miteinbeziehen der Gäste steigerte die gute Laune noch.

Viel Freude hatten wir beim Hören syrischer Volkslieder. Besonders das »Hochzeitslied« gefiel uns, dessen übersetzter Text für lustige Stimmung sorgte. Zwischendurch wurden gemeinsam mit den syrischen Kindern deutsche Weihnachtslieder gesungen, die Gabriele, Marlies Jung-Hagenow und Zdenka zuvor mit ihnen eingeübt hatten. Heide Sommerfeld begleitete dazu auf der Gitarre.

Es war ein wunderbar harmonisches Fest mit Leuten, die wir liebgewonnen haben! Wir erlebten in der ganzen Zeit eine unglaubliche Offenheit, Kooperationsbereitschaft und Freundlichkeit seitens unserer Gäste, sowohl beim Deutschunterricht wie auch bei der Trommelgruppe, dem Kinderspielen und dem Multikulturellen Aventsfest 2015 in Joachimsthal!

In der Aula der Joachimsthaler Grundschule wird übrigens an jedem Montag für alle Kinder eine Orientalische Tanz- und Trommel-AG unter Leitung von Zdenka Born angeboten. Ziel ist, daß sich alle Kinder in unserer Stadt mit Hilfe von Musik, Tanz und Spaß besser kennenlernen.

ZDENKA BORN, MARLIES JUNG-HAGENOW und HEIDE SOMMERFELD vom Tauschring Joachimsthal

»Aus Stein ist diese Stadt gebaut«

Es gibt Städte, die planmäßig aus der Erde gestampft sind für einen bestimmten Zweck, zum Beispiel Las Vegas, die Vergnügungsstadt in Nevada, oder Astana, die neu erbaute Hauptstadt Kasachstans für Firmen und den Regierungssitz.

Eberswalde aber ist eine gewachsene Stadt, in der die Spuren der Jahrhunderte zu sehen sind. Sie sind zu sehen, wenn man hinschaut und zu sehen weiß. Man sieht die Spuren verschiedener Brände, man sieht die Verarbeitung riesiger Steine, von Findlingen, die die Eiszeit hierher gebracht hat. Man sieht die Spuren der Kriege und die Veränderungen der Baukunst.

Wir haben noch Fachwerkbauten im Stadtzentrum, wir haben Stein auf Stein ge-

baute Bürgerhäuser und wir haben die Betonbauweise des neuen Industriezeitalters.

In dieser Ausstellung beschäftige ich mich mit den althergebrachten Bauweisen, die sich mit dem Modernen vermischen.

Die Fotografien zeigen, wie Eberswalde Stein auf Stein gewachsen ist. Daneben sind noch ursprüngliche Steine abgebildet, um zu zeigen, woraus die Bauhandwerker mit Mühe Verbaubares herstellen mußten. Auch für diese 7. meiner Fotoausstellungen im Rathaus Eberswalde wünsche ich den Betrachtern Freude und das Wiedererkennen von Vergessenem.

Dr. med. WALTRAUD VOIGT

Die Vernissage mit Baudezernentin Anne Fellner findet am 25.1.2016 um 14 Uhr in der 2. Etage des Eberswalder Rathauses (Breite Str. 42) statt.

Bürgerpost-Autoren 2015

Im Jahr 2015 sorgten 106 Autorinnen und Autoren für die inhaltliche Vielfalt unserer unabhängigen Leserzeitung (2014: 120, 2013: 113, 2012: 116, 2011: 97, 2010: 98). Redaktion und Verein der »Barnimer Bürgerpost« danken von ganzem Herzen:

Nadine Auras, Tina Bär, Ina Bassin, Rudolf Behm, Dr. Ines Berndt, Kurt Berus, Dr. Detlef Bimboos, Karl-Heinz Blättermann, Petra Bochow, Stefan Böhmer, Jochen Bona, Katrin Brandt, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Hans Jürgen Bull, Brian Crotty, Uwe Diedrich, Thomas Dyhr, Petra Elsner, Dr. Dagmar Enkelmann, Christine Falk, Anne Fellner, Andreas Fennert, Daniel Fischer, Thomas Gädicke, Dieter Gadischke, Christoff Gaebler, Ulrike Gatz, Prof. Dr. Hartmut Ginnow-Merkert, Norbert Glaske, Andreas Gläßer, Florian Görner, Jürgen Gramzow, Eckhard Groll, Onja Hardorp, Waldemar Hickel, Andrea Hoehne, Andreas Hoffmann, Paul Hofmann, Kai Jahns, Udo Kalms, Dieter Kempfert, Dr. Helmut Koch, Gisela Koch, Olef Koch, Dr. Dieter Korczak, Tino Kotte, Wolfgang Krakow, Karl-Dietrich Laffin, Günter Landmann, Eckhard Laurich, Hartmut Lindner, Kornelia Lubke, Hardy Lux, Johannes Madeja, Kay Manteufel, Silke Markmann, Elisabeth Monsig, Klaus Morgenstern, Bernd Müller, Udo Muszinski, Nils Naber, Dr. Stefan Neubacher, Frank Neumann, Karen Oehler, Holger Oppenhäuser, Dietmar Ortel, Lutz Paproth, Attila Pasztor, Dr. Steffen Peltsch, Thorsten Perl, Dr. Manfred Pfaff, Mathilde Pietzner, Dr. Ilona Pischel, Hartmut Plötz, Dr. Ulrich Pofahl, Christin Regulin, Christian Rehmer, Angelika Röder, Glenn Rossow, Stefan Schmiedel, Heiko Schult, Dr. Bernd F. Schulte, Stefanie Schulze, Pierre Sens, Doris Stahlbaum, Britta Steels, Dr. Andreas Steiner, Siglinde Stöllger, Dr. Rainer Thiel, Andreas Timm, Albrecht Triller, Dr. Frank Valentin, Dr. Waltraud Voigt, Klaus Weber, Heinz Weinhausen, Dr. Magdalene Westendorff, Gerd Wiesner, Laura von Wimmersperg, Mirko Wolfgramm, Jenny Wörpel, Thomas Wößeng, Ringo Wrase, Margot Ziemann und Carsten Zinn.

Desweiteren danken wir Dr. Helmut Koch und Carsten Zinn, die im vergangenen Jahr für Interviews zur Verfügung standen.

Einschließlich redaktioneller Beiträge erschienen im Jahr 2015 insgesamt 550 Artikel in der »Barnimer Bürgerpost«.

Was wäre unsere Leserzeitung ohne unsere fleißigen Verteiler, die in jedem Monat dafür sorgen, daß Sie die »Barnimer Bürgerpost« in Ihrem Briefkasten finden. Allerdings können wir mit unseren ehrenamtlichen Helfern nicht alle Gebiete erreichen. Vor allem außerhalb der »Ballungsgebiete« müssen wir auf kommerzielle Postdienste zurückgreifen, was angesichts des bewußt niedrigen Verkaufspreises, an dem wir auch weiterhin festhalten wollen, durchaus zur wirtschaftlichen Herausforderung wird.

Es sind vor allem unsere Förderabonnenten, die mit ihren Spenden dafür sorgen, daß wir



FOTO: GERD MARKMANN

Kultureller Höhepunkt des Pressefestes

damit klar kommen. Außer im Abonnement gibt es die »Barnimer Bürgerpost« in Eberswalde in den Verkaufsstellen Globus Naturkost (Eisenbahnstr. 7), Buchhandlung Mahler (Eisenbahnstr. 2a) und im Regionalladen »Krumme Gurke« (Ruhlaer Str. 1).

Unseren Dank verdienen auch die jederzeit zuverlässigen Kolleginnen und Kollegen der Digitaldruckerei Grill & Frank. Sie sorgen mit ihrer schnellen Arbeit dafür, daß selbst wenn es zu redaktionellen Verzögerungen kommt, das kaum Auswirkungen auf die pünktliche Auslieferung hat.

Ein Höhepunkt im vergangenen Jahr war unser PRESSEFEST am 6. Juni 2015 anlässlich 20 JAHRE BARNIMER BÜRGERPOST. In einem Kolloquium versuchten wir, das Geheimnis zu lüften, wie wir es schaffen konnten, daß unsere Leserzeitung nun schon über einen so langen Zeitraum existiert und inwiefern unsere Erfahrungen dazu taugen, verallgemeinert zu werden. Die Kolloquiumsbeiträge sind in unserer Zeitung dokumentiert – als Grundlage für die weitere Diskussion.

Die »Barnimer Bürgerpost« als ein freies Projekt hat insbesondere die uneigennützig Arbeit all jener, die sich für diese »unabhängige Leserzeitung« engagieren, als entscheidende ökonomische Grundlage. Dieses Engagement ist Grundlage und Entfaltungsmöglichkeit in einem. Notwendigkeit und Freiheit fließen hier zusammen.

Die »Barnimer Bürgerpost« ist und bleibt aber auch ein materielles Produkt mit materiellem Ressourcenverbrauch. Daher wollen wir auch in diesem Jahr wir nicht vergessen an Sie zu appellieren, unsere unabhängige Leserzeitung bekannt zu machen und in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis neue Leserinnen und Leser zu werben, die dann auch die Chance nutzen können, sich an der inhaltlichen Weiterentwicklung der »Barnimer Bürgerpost« zu beteiligen. Wir wünschen Ihnen für das Jahr 2016 alles Gute.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesetz (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1. Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2. Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge. Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3. Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt. Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4. Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5. Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2016



LL-Demo: So, 10.01. | 10 Uhr | U-Bahnhof Frankfurter Tor (Friedrichshain)
 Gedenkrundgang auf dem Friedhof der Sozialisten: So, 10.01. | ab 10 Uhr | Friedrichsfelde
 Lesung von Texten von und über Rosa Luxemburg: So, 10.01. | 15 Uhr | Rosa-Luxemburg-Steg
 XXI. Rosa-Luxemburg-Konferenz: Sa, 09.01. | ab 10.30 Uhr | Berliner Urania (An der Urania 17)

Zu keinem Zeitpunkt nach dem Ende des II. Weltkrieges gab es so viele Krisen, Konflikte und Kriege, gab es so viele Flüchtlinge wie gegenwärtig. Diese seit 1945 gefährlichste Weltsituation verantwortet primär die unter Führung des USA-Imperialismus agierende NATO. Deren politisches und militärisches Vorgehen ist – das Schicksal der Zivilisation betreffend – von nahezu völliger Gleichgültigkeit geprägt. Die Vorgänge um und in Griechenland demonstrieren nicht zuletzt den Verfall der bürgerlichen Demokratie, auf die das Großkapital auch immer weniger setzt. Faschistoide Entwicklungen sind kein Zufall. Die weltweit Flüchtenden werden zu Sündenböcken gemacht. Der Mainstream folgt der äußersten Reaktion auf dem Fuße und befördert sie zugleich. Viele Menschen resignieren. Diese Resignation ist ein Hauptverbündeter des Kapitals.

Erinnern wir uns gerade deshalb der Worte Rosa Luxemburgs: »Einigkeit macht stark, aber Einigkeit der festen inneren Überzeugung, nicht äußere mechanische Zusammenkopplung von Elementen, die innerlich auseinanderstreben. Nicht in der Zahl liegt die Kraft, sondern in dem Geiste, in der Klarheit, in der Tatkraft, die uns beseelt.«

In diesem Geiste sagen wir Nein zu Kriegen und Militärinterventionen, sowie deren Vorbereitung und Begleitung durch das Trommelfeuer der veröffentlichten Meinung. Wir sagen Nein zu jeglichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Nein zu den gegen Rußland errichteten NATO-Stützpunkten und Manövern. Wir sagen Nein zu Rüstungsexporten und Drohnenmorden.

Die Interessen der Werktätigen werden weltweit mit Füßen getreten. Wir sagen Nein zu stetig wachsendem Sozialabbau und Ja zu gewerkschaftlichem Widerstand. Wir sagen Nein zur weltweiten, der Kapitalherrschaft dienenden Spitzelei durch NSA, BND und andere Geheimdienste. Wir sagen Nein zu alten und neuen Nazis und deren sozialer Demagogie.

Wir – Linke unterschiedlicher Strömungen – versammeln uns anlässlich des 96. Jahrestages der Ermordung von Karl und Rosa. In ihrem Geiste – nach ihrer Klarheit und Tatkraft strebend – demonstrieren wir friedlich gegen Kriege und Ausbeutung, für Menschlichkeit und Internationalismus.

Gegen Krieg und Faschisten – Kommt zur Luxemburg-Liebknecht-Demonstration

Nacht für Nacht stehen Flüchtlingsunterkünfte in Flammen. Faschisten werden immer dreister. Offen rechte Bewegungen wie PEGIDA finden mit Rassismus und Islamhetze regen Zuspruch. Flüchtlinge sind willkommene Sündenböcke. Darüber, daß Großkonzerne Jahr für Jahr Milliarden an Steuern hinterziehen, spricht kaum jemand. Währenddessen verdienen deutsche Rüstungsschmieden an Waffenexporten in Krisen- und Kriegsgebiete.

Bundeswehrsoldaten »verteidigen« deutsche Interessen immer noch am Hindukusch. Kriege und Ausbeutung schaffen unentwegt neue Fluchtbewegungen und neuen Terror.

Demonstrieren wir am 10. Januar 2016 im Rahmen der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung gegen die Fluchtursachen und gegen Faschisten – solidarisch mit den Erniedrigten, egal, wo sie geboren sind.

KLAUS MEINEL, LL-Bündnis

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 31. Dezember 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 28. Januar 2016.